

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

22. Sitzung
4. September 2023

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 16.44 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann kommen wir zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Entwicklungspolitische Leitlinien: Global denken,
lokal handeln – regionale Aspekte internationaler
Wirtschaftskooperationen**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0152](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich jetzt ganz herzlich unsere beiden Gäste, die schon pünktlich erschienen sind. Zum einen begrüße ich Herrn Armin Massing, Geschäftsführer der Berlin Global Village gGmbH. Herzlich willkommen! Zum anderen begrüße ich Herrn Alexander Schudy, Geschäftsführer des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags. Auch Ihnen herzlich willkommen hier im Ausschuss!

Ich stelle auch hier fest, dass Sie mit der Liveübertragung der Aufzeichnungen und den Bild- und Tonaufnahmen der Presse einverstanden sind. – Das ist der Fall. Ich gehe davon aus, dass, wie immer bei der Anhörung, ein Wortprotokoll gewünscht wird. – Dem widerspricht auch keiner.

Dann kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs durch die antragstellenden Fraktionen. Die Kollegin Lüdke macht das für die SPD-Fraktion. – Bitte sehr!

Tamara Lüdke (SPD): Herzlichen Dank! – Wir haben uns heute vorgenommen, über die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes zu sprechen. Das Motto ist „Global denken, lokal handeln“. Diese Leitlinien sind ein sehr wichtiges Instrument, vor allem zur Fortführung unserer entwicklungspolitischen Arbeit, bei der sich in den letzten Jahren auf der Landes-, aber auch auf der Bundesebene viel entwickelt hat und deshalb eine Überarbeitung dieser Leitlinien ansteht.

Für Berlin als Weltmetropole spielen die internationalen Kooperationen natürlich eine herausragende Rolle. Gleichzeitig möchten wir, dass Berlin weiterhin selbst eine wichtige Rolle im internationalen Raum einnimmt, aber auch Verantwortung für die globale Gemeinschaft übernimmt. Uns unterstützen dabei die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit, aber auch ein breites Netzwerk an Unternehmen, Verbänden und NGOs hier in Berlin. Deshalb freue ich mich, hier heute in der Anhörung darüber zu sprechen, welche Inhalte diese NGOs und Verbände besonders beschäftigen und auch, welche Wünsche und Erwartungen sie an unsere Leitlinien und deren Überarbeitung haben. Ich freue mich, dass wir heute hier diese zwei fachkundigen Vertreter dazu anhören dürfen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gut, vielen Dank! – Eine weitere Begründung gibt es nicht. Die CDU schließt sich dem an. – Dann kommen wir jetzt zur Anhörung selber. Der Staatssekretär hat darum gebeten, vorab eine Einführung machen zu können. – Bitte, Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Abgeordnete Lüdke! Dem kann ich mich zu 100 Prozent anschließen. Das Thema Entwicklungspolitik ist auch im Land Berlin eine große Querschnittsaufgabe, die viele Bereiche in einzelnen Politikfeldern betrifft. Wir alle haben, wie übrigens alle anderen 15 Bundesländer auch, uns entwicklungspolitische Leitlinien gegeben. Die letzten, auf denen wir sozusagen gerade sitzen, sind 2012 vom Berliner Senat verabschiedet worden und bedürfen einer Überarbeitung. Das Rad der Zeit hat sich weitergedreht, die Verflechtungen Berlins in der Welt, auch in den globalen Süden hinein, sind zum Glück größer geworden, deswegen passen wir an der einen oder anderen Stelle an. Der Zeitablauf sieht so aus, dass wir im zweiten beziehungsweise spätestens im dritten Quartal 2024 nach einem breit angelegten zivilgesellschaftlichen Diskussions- und Dialogprozess die Leitlinien überarbeitet haben wollen und einen Beschluss im Berliner Senat herbeiführen möchten.

Wir unterstützen insbesondere NGOs und Institutionen dabei, Kooperationen eingehen zu können, Beratungs- und Bildungsleistungen auf den Weg bringen zu können, Aufklärungsarbeit leisten zu können. Wir unterstützen aber auch Berliner Unternehmen und Start-ups dabei, Kooperationen in den globalen Süden auf den Weg bringen zu können, sich vernetzen zu können. Deswegen ist es nicht nur eine entwicklungspolitische Komponente, die wir aus der Berliner Sicht hier betreiben, sondern auch eine wirtschaftspolitische Komponente. Wir haben etliche Unternehmensstrukturen in dieser Stadt, die das Thema Entwicklungszusammenarbeit zum Ziel haben, die diese Netzwerke und internationalen Kooperationen suchen. Mithilfe unserer Koordinierungsstelle – Frau Reich sitzt gerade neben mir, sie ist die Leiterin der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – unterstützen wir es, die politischen Themen nach vorne zu bringen. Das betrifft zum Beispiel das Social Entrepreneurship, das Empowerment von gesellschaftlich diskriminierten Gruppen, das betrifft aber auch ganz technische Bereiche, wie das Thema Smart City. Die Senatorin – das wurde gerade angesprochen – ist in dieser Frage gerade nach Jakarta unterwegs, wo wir aus der Berliner Sicht auch ein Projekt unterstützen.

Wenn ich mir die Zahlen angucke, haben wir seit 2004 über 201 NGOs über diese Struktur unterstützt. Ich glaube, es ist ein unschätzbare Wert, dass wir es schaffen, dass auch Unternehmerinnen und Unternehmer über sogenannte Delegationsreisen in den globalen Süden diese Netzwerke knüpfen und damit auch etwas nach Berlin zurückholen können. Das Wichtige dabei ist, dass man vor Ort unterstützt, dass wir die Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftspolitische Komponenten zusammenführen, Berlin und das Thema der 17 SDGs in allen Politikfeldern sehr ernst nehmen und dabei unterstützen und – das klingt jetzt sehr pathetisch – in allen Wirtschaftsbereichen menschengerechter machen. Ich glaube, das steht dieser Stadt sehr gut zu Gesicht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr, Herr Staatssekretär, für die Einführung in dieses Thema! – Dann kommen wir zu den Anzuhörenden. Wir beginnen mit Herrn Massing. Herr Massing, ich darf Sie bitten, ein Einführungsstatement von ungefähr fünf Minuten zu machen, dann anschließend Herr Schudy in der gleichen Zeit.

Alexander Schudy (Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag – BER –; Geschäftsführer): Wir würden es gern umdrehen, wenn wir dürfen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Sie möchten umdrehen. Na gut, das Alphabet ist zwar anders, aber wir können auch umdrehen. Dann fangen Sie an. – [Alexander Schudy (BER): Es passt inhaltlich besser.] – Die fünf Minuten dann aber so, wie ich Ihnen gesagt habe, damit wir anschließend die Möglichkeit haben, in Diskussionen einzutreten. – So, dann haben Sie das Wort, bitte sehr!

Alexander Schudy (BER; Geschäftsführer): Vielen Dank! – Sehr geehrter Vorsitzender! Liebe Abgeordnete! Liebe Gäste! Ich vertrete den Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag als Geschäftsführer. Das sind zurzeit 120 entwicklungspolitische Gruppen, Nichtregierungsorganisationen, die überwiegend in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit tätig sind. Es geht dabei vorwiegend um Bildungsarbeit, etwas weniger um Wirtschaftskooperationen. Die Inlandsarbeit ist natürlich immer nötig, um eine Akzeptanz für die Auslandsarbeit und damit auch Mittel für die Wirtschaftskooperationen zu schaffen.

Ganz allgemein wissen vielleicht viele gar nicht, dass sich auch die Bundesländer zum Politikfeld Entwicklungspolitik bekennen. Dafür gibt es regelmäßig Beschlüsse der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten; der letzte ist von 2021. Der beginnt wie folgt – Zitat –:

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bekräftigen ..., dass die Länder auch künftig ihren Beitrag zur Bewältigung entwicklungspolitischer Herausforderungen im Rahmen der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (...SDGs) bis 2030 leisten werden.

– Zitat Ende. – Dann werden im Weiteren die Handlungsfelder auf Landesebene benannt, zum Beispiel die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, der faire Handel und die nachhaltige Beschaffung, aber natürlich auch die Partnerschaftsarbeit und die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit.

Im letzten Ministerpräsidentenbeschluss zur Entwicklungspolitik der Länder wird auch gesagt, dass die Länder Nachhaltigkeitsstrategien oder entwicklungspolitische Leitlinien formulieren, wo sie dann wiederum ihre spezifischen Handlungs- und Umsetzungsschwerpunkte festlegen. Vor dem Hintergrund begrüßen wir, dass das Land Berlin neue Leitlinien erstellen möchte. Herr Biel hat es schon gesagt, es gibt sie auch in allen anderen Bundesländern, auch in Brandenburg werden gerade neue diskutiert. Da wir Entwicklungspolitik auf der Landesebene als Querschnittsthema begreifen, sind wir froh über ein Dokument, das genau diesen Anspruch erhebt, also jedes Handeln des Landes Berlin auch auf seine potenziellen Auswirkungen auf die Länder des globalen Südens zu bewerten. Referenzrahmen, wie gesagt, sind für uns die SDGs.

Die gültigen Leitlinien sind schon elf Jahre alt, wie wir schon gehört haben. Das war aus zivilgesellschaftlicher Sicht ein sehr gutes Dokument. Es stand darin, der Senat werde darauf achten, dass landespolitische Entscheidungen nicht im Widerspruch zu Grundlagen und Zielen dieser Leitlinien stehen. Der Querschnittscharakter wird also auch betont.

Wie beim damaligen Entstehungsprozess möchte die entwicklungspolitische Zivilgesellschaft auch jetzt gern beratend mitwirken. Wir denken, dass allein der Prozess zu guten neuen Leitlinien ein Stück gelebter Demokratie ist, aber natürlich wollen wir auch inhaltlich die künftigen Leitlinien mitgestalten und den neuen gesellschaftlichen Realitäten anpassen. Themen, wie Klimagerechtigkeit, Gesundheitspolitik, Krieg und Frieden, Flucht und Migration oder auch Postkolonialismus, haben mittlerweile aus ganz unterschiedlichen Gründen natürlich eine ganz andere Relevanz als vor elf Jahren, der das Landeshandeln entsprechen soll.

Unabhängig von den Leitlinien möchte ich aber auch sagen, dass das Land Berlin sich in den letzten Jahren, seit der Erstellung der letzten Leitlinien oder, sagen wir, in den letzten zehn Jahren, seinen Herausforderungen für die globale Gerechtigkeit durchaus gestellt hat. Ich habe mir noch mal das Wortprotokoll einer Sitzung angeguckt, als ich vor neun Jahren hier an dieser Stelle war. Da war ich wesentlich kritischer, was die Verantwortungsübernahme Berlins angeht. Das liegt jetzt nicht daran, dass ich altersmilde geworden bin, sondern dass sehr viel hier auf der Landesebene passiert ist und sich sehr viel zum Positiven geändert hat. Ich nenne beispielhaft die Aktivitäten im Bereich Postkolonialismus, aber auch die Strukturen, die mit mehr Mitteln des Landes Berlin aufgebaut werden konnten, wieder nur beispielhaft das „Ak-

tionsbündnis Fairer Handel“ oder in der Verwaltung selbst die „Kompetenzstelle Faire Vergabe“, nicht zuletzt – darauf kommen wir nach mir zu sprechen – die Errichtung des Eine-Welt-Zentrums. Davon waren wir vor zehn Jahren wirklich noch ganz weit entfernt. Auch die Stadtgesellschaft – Herr Biel hat es genannt – hat sich stark verändert, entsprechend der globalen Herausforderungen, die mittlerweile auch hier spürbar sind. Auch der BER, der Landesverband, hat sich verändert. Wir sind viel größer geworden. Mehr Menschen kommen aus Ländern des globalen Südens in die Stadt und prägen auch den BER entscheidend mit.

Ich komme jetzt noch mal auf die Inhalte der Leitlinien zurück. Ich möchte Ihnen nur zwei Beispiele von vielen, die wir haben, nennen, wo wir einen großen Handlungsbedarf sehen und wo wir uns durch die Leitlinien entsprechende Bekenntnisse oder thematischen Rückenwind wünschen. Ich hatte eingangs schon gesagt, dass ein Großteil der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit aus Bildungsarbeit besteht. Das zentrale Wort dabei ist das globale Lernen. Globales Lernen versteht sich als die pädagogische Antwort auf die Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung der Weltgesellschaft, als die notwendige Transformation pädagogischen Denkens und Handelns im Kontext einer sich globalisierenden Gesellschaft. Was wir wollen, ist, das globale Lernen mehr und vor allem verbindlich in den Schulalltag zu integrieren. Wir machen dazu schon eine ganze Menge, unsere NGOs sind an den Schulen präsent. Es gibt sogar eine Empfehlungsliste der Bildungsverwaltung mit dem BER zusammen, die jedes Jahr erneuert wird und den Schulen jährlich circa 20 bis 30 NGOs empfiehlt. Das Ganze bleibt aber immer noch eine Entscheidung von engagierten Lehrerinnen oder Lehrern, ohne dass dort eine Verbindlichkeit festgelegt ist. Deswegen sind wir gerade in ständigen Konsultationsprozessen mit der Bildungsverwaltung, vor allem bezüglich der Überarbeitung der Rahmenlehrpläne für die gymnasiale Oberstufe. Das ist ein Thema, wo wir uns durch die Leitlinien eine entsprechende Stützung wünschen und das für uns als Verband sehr zentral ist, weil es die Arbeit des Großteils der NGOs betrifft.

Das Zweite, um ein wirtschaftliches Thema zu nennen, ist schon fast ein Evergreen hier, das ist die öffentliche Auftragsvergabe. Ein langfristiges Ziel der Landesregierung sollte es unseres Erachtens sein, die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien für alle von der öffentlichen Hand und den landeseigenen Betrieben beschafften Produkte vorzuschreiben, denn nur so können Ziele, wie der Klimaschutz und die Wahrung von Menschenrechten in globalen Lieferketten, maßgeblich vorangetrieben werden. Hier schlagen wir schon seit Langem eine Verwaltungsvorschrift für die ILO-Kernarbeitsnorm vor. Die sollte schon längst in Kraft getreten sein, seit 2020 liegt sie in der Verwaltung und liegt dort weiterhin. Uns würde interessieren, wie dazu der Stand ist und dass das vorangeht, aber wir wünschen uns natürlich auch einen aussagekräftigen Vergabebericht. Der letzte ist 2016 erschienen und sollte eigentlich alle zwei Jahre neu erscheinen. Das sind Punkte, die uns bei der öffentlichen Auftragsvergabe sehr wichtig sind, damit die Fortschritte, die gemacht wurden, nicht zuletzt auch durch die schon genannte „Kompetenzstelle Faire Vergabe“, auch wirklich transparent gemacht werden können.

Das waren jetzt nur mal zwei Beispiele, die ich anteasern wollte, wo wir uns durch die Leitlinien Rückenwind erwarten, um zu mehr globaler Gerechtigkeit durch Berliner Landeshandeln zu kommen.

Schließen möchte ich mit einem kurzen Zitat aus den alten entwicklungspolitischen Leitlinien, als Übergang zu meinem Kollegen Massing von Berlin Global Village gGmbH. Der Satz steht ganz am Ende – Zitat –:

Insbesondere unterstützt der Senat Nichtregierungsorganisationen, ...
Im Mittelpunkt stehen dabei:

– dann kommen fünf Bulletpoints, und der erste heißt: –

Die Unterstützung des Aufbaus des Eine-Welt-Hauses als gemeinsames Dach und Forum für entwicklungspolitische Einrichtungen in Berlin.

– Zitat Ende. – Da, finde ich, haben die Leitlinien gehalten, was sie 2012 avisiert hatten. Wir wünschen uns natürlich auch, dass viele gute Vorsätze und Vorhaben des Landes Berlin in den neuen Leitlinien stehen werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Schudy, für Ihr Eingangsstatement! – Dann, Herr Massing, hätten Sie das Wort.– Bitte sehr!

Armin Massing (Berlin Global Village gGmbH; Geschäftsführer): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Biel! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Schudy, machen Sie bitte Ihr Mikro noch aus!

Armin Massing (Berlin Global Village gGmbH; Geschäftsführer): Können Sie mich jetzt verstehen?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Jetzt ist alles okay. Das andere Mikrofon ist aus.

habe Ihnen eine Präsentation mitgebracht. Bei dem Eine-Welt-Zentrum geht es ja um einen konkreten Ort, davon habe ich ein paar Bilder mitgebracht.



Berlin Global Village ist das Eine-Welt-Zentrum für Berlin.



Berlin Global Village – Über uns

- das zivilgesellschaftliche Eine-Welt-Zentrum für ganz Berlin, in Neukölln
- 50 entwicklungspolitische und migrantisch-diasporische Organisationen haben hier ihre Büros (rein ehrenamtlich bis hin zu Dachverbänden)
- Veranstaltungsräume für öffentliche Veranstaltungen bis zu 180 Personen
- Das Zentrum versteht sich als Ort des Austauschs, der Impulse und des bürgerschaftlichen Engagements für eine nachhaltige und global gerechte Stadt – unabhängig und überparteilich
- Hauptziele des Zentrums: 1. Sichtbarkeit des Politikfeldes erhöhen, 2. Synergien schaffen zwischen NRO (Wirkung), 3. Bezahlbare Mieten für NRO

Was heißt das konkret? – Es ist das zivilgesellschaftliche Zentrum, das es vorher so nicht gab. Es ist in Neukölln verortet, aber für die ganze Stadt offen. Dort haben 50 entwicklungspolitische und migrantisch-diasporische Organisationen seit 2021 ihre Büros. Das geht wirklich von kleinen, rein ehrenamtlichen Vereinen, die dort einen Schreibtisch haben, bis zu großen Landes- und Bundesdachverbänden. Es gibt aber auch Veranstaltungsräume. Es ist ein öffentliches Haus, in dem öffentliche Veranstaltungen für bis zu 180 Personen durchgeführt werden können. Das Zentrum ist ein Ort des Austauschs, und es gibt dort Impulse des bürgerschaftlichen Engagements rund um eine nachhaltige und global gerechte Entwicklung. Es ist unabhängig und überparteilich.

Zu den Hauptzielen, warum die entwicklungspolitische Zivilgesellschaft so ein Zentrum wollte: Es gibt rund 200 entwicklungspolitische NGOs in der Stadt und noch mal 200 bis 300 migrantisch-diasporische, das heißt, nur ein Teil von denen kann überhaupt in diesem Zentrum sein, aber alle können diese Veranstaltungsräume nutzen. Dadurch, dass es das jetzt gibt, gibt es eine größere Sichtbarkeit des Politikfeldes insgesamt. Es gibt mehr Synergien, weil ein Teil der Szene vor Ort ist, und ein wichtiges Kriterium war es natürlich auch – Sie wissen, dass die Gewerbemieten in dieser Stadt nicht stillstehen –, bezahlbare Mieten für diese Vereine zu bekommen, weil sie – es sind ja viele Spendengelder – so wenig wie möglich für den Overhead ausgeben wollen, sondern wirklich so viel wie möglich für die konkrete Projektarbeit.



Hier sehen Sie jetzt mal die beiden Gebäude des Eine-Welt-Zentrums, rechts der Klinkerbau ist das alte Verwaltungsgebäude von der Kindl-Brauerei auf dem alten Kindl-Areal. Links daneben haben wir noch einen Neubau dazugesetzt. Zusammen sind das 5 000 Quadratmeter Fläche, 4 000 Quadratmeter in den Obergeschossen für die Büros und 1 000 Quadratmeter in den Untergeschossen für die öffentlichen Nutzungen.



Berlin Global Village – Eckdaten

- Verankerung in Entwicklungspolitischen Leitlinien in 2012
- Erbbaurechtsvertrag Terra Libra Immobilien GmbH - Berlin Global Village gGmbH März 2018
- Fertigstellung des Neubaus des Eine-Welt-Zentrums März 2021
- Fertigstellung Sanierung und Umbau Altbau September 2022
- Rund 500 öffentliche Veranstaltungen pro Jahr
- Wird von zivilgesellschaftlichen Akteuren aus ganzer Stadt genutzt – gesamtes entwicklungspolitisches Themenfeld

Ein paar Eckdaten dazu: Wir hatten das in den Leitlinien 2012 verankert. Wir konnten 2018 einen Erbbaurechtsvertrag mit einer Stiftung unterschreiben, das heißt, für 100 Jahre kann sich jetzt dort ein Eine-Welt-Zentrum für mehr globale Gerechtigkeit einsetzen. Den Neubau haben wir 2021 fertiggestellt und den Altbau 2022 fertig saniert, das alles mit der Unterstützung des Landes Berlin. Das Land hat rund ein Drittel der Investitionskosten getragen, über die Hälfte haben die NGOs selber durch Kreditmittel finanziert, die langfristig zurückgezahlt werden.

Es finden dort jedes Jahr über 500 öffentliche Veranstaltungen statt. Es wird wirklich von zivilgesellschaftlichen Akteuren aus der ganzen Stadt genutzt. Das gesamte entwicklungspolitische Themenfeld, das Herr Schudy eben schon angesprochen hat, all das, was in den Sustainability Development Goals drinsteckt, ist durch NGOs im Haus vertreten.



Berlin Global Village – Zentrum

Zentrum mit idealen Bedingungen für starke zivilgesellschaftliche Arbeit.

Öffentliche Angebote werden sehr gut angenommen, u.a.:

- Globales Klassenzimmer „WeltRaum“ + Bibliothek (5.000 TN)
- Ludothek global (Spielsachen aus aller Welt) (10.000 TN)
- Seminar- und Veranstaltungsräume (6.000 TN)
- Große Info-Veranstaltungen und Feste auf der Freifläche (2.000 TN)
- Ausstellungsflächen / Galerie
- Beratungsangebote
- Dekoloniales Denkzeichen

Ich würde zum Schluss gerne noch mal deutlich machen, dass wirklich die ganze Stadt von den Angeboten profitiert, die es dort gibt. Die NGOs, die vor Ort sind, haben jetzt quasi ideale Arbeitsbedingungen für ihre zivilgesellschaftliche Arbeit, und es gibt auch eine ganze Breite eines öffentlichen Angebots, für Kleinkinder bis hin zu einer politischen Debatte auf der Bundesebene und auf der internationalen Ebene.

Wir haben eine Ludothek global mit Spielsachen aus aller Welt. Sie wird sehr gut angenommen, es ist wirklich etwas für die Altersgruppe von 0 bis 10 Jahren, die dort mit internationalen Fragen ganz spielerisch in Kontakt kommt. Wir sind da jetzt schon bei rund 10 000 Teilnehmenden pro Jahr. Es gibt ein globales Klassenzimmer, das mit ganz modernen digitalen Methoden arbeitet. Dorthin kommen ab dem nächsten Jahr 5 000 Schülerinnen und Schüler aus der ganzen Stadt, es ist im April dieses Jahres gestartet. Wir haben Seminar- und Veranstaltungsräume mit öffentlichen Veranstaltungen. Da sind wir jetzt bei 6 000 Teilnehmenden. Es gibt große Infoveranstaltungen und auch Feste, die immer mit Infoständen funktionieren. Gerade am letzten Freitag hatten wir ein großes Fest, wo auch Senatorin Giffey war, das jährliche Sommerfest mit rund 2 000 Teilnehmenden, das immer mit ganz viel politischer Vermittlungsarbeit verbunden wird, wo wir den Kiez und die Stadtgesellschaft ansprechen. Es gibt Ausstellungs- und Galerieflächen.

Es gibt viele Beratungsangebote unterschiedlicher Art, für NGOs, für migrierte Personen und deren Beratungsbedarfe. All das wird größtenteils ehrenamtlich abgedeckt. Wir sind gerade

dabei, dass ein künstlerisches Projekt in der Auslobung ist, wo es um die Dekolonisierung geht. Auch dabei war uns die Überparteilichkeit ganz wichtig, denn da sind Land, Bund und Bezirk involviert. Wir haben eine Doppelschirmherrschaft durch Joe Chialo von der CDU von der Landesebene und von der Bundesebene Claudia Roth, und wir haben von der SPD von der Bezirksebene die Kulturstadträtin in der Jury. Es ist also die ganze demokratische Breite abgebildet, um zu zeigen, dass man das Thema Dekolonisierung wirklich zukunftsgerichtet bearbeiten kann und muss. Solche Impulse setzen wir in die Stadt, und das ist mit einem großen Vermittlungsprogramm für verschiedene Altersgruppen verbunden. Wir sehen, dass diese Idee, die vor über zehn Jahren aus der Zivilgesellschaft kam, jetzt konkrete Früchte trägt und wirklich die ganze Stadt davon profitieren kann.



Hier noch mal ein Bild aus einer anderen Perspektive. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank auch für Ihr Eingangsstatement! – Dann gehen wir in die Aussprache der Fraktionen und beginnen mit der CDU-Fraktion. – Herr Kollege Dietmann, bitte!

Michael Dietmann (CDU): Vielen herzlichen Dank! – Vielen Dank auch für die Darstellung Ihrer Arbeit! Ich will mal vorwegschicken, dass wir uns als Koalition darauf verständigt haben, diese Arbeit in dem Rahmen, wie Sie sie vorgestellt haben, fortzuführen. Nichtsdestotrotz werden natürlich auch Unterschiede sichtbar in der Frage, was die Effekte für Berlin sind.

Ich will das deswegen voranstellen, damit nicht ein falscher Zungenschlag überkommt. Die Ansätze, die Sie da alle verfolgen, Fair Trade und viele andere Stichpunkte, die Sie genannt haben, sind uns genauso wichtig wie Ihnen. Trotzdem befinden wir uns ja heute im Wirtschaftsausschuss. Die Frage ist: Was ist eigentlich der Mehrwert eines Etatansatzes, der für wirtschaftspolitische Entwicklungen im Wirtschaftshaushalt steht? – Das würde ich gerne noch ein bisschen stärker herausarbeiten.

Ich habe auf der Internetseite mal geguckt. Dort schreiben Sie:

Wir

– also BER –

denken Landesentwicklungspolitik neu, weg von der Entwicklung anderer, hin zu einer Veränderung unserer Stadt.

Sie haben eben auch sehr deutlich gemacht – ich habe das zumindest herausgelesen –, dass ganz viel von dem, was Sie anbieten, nach innen gerichtet ist. Sie haben eben gesagt, dass es ganz stark darauf ausgerichtet ist, das Thema Bildung in den Blickpunkt zu nehmen, sich also eher mit der Stadt selber beschäftigt und weniger mit den Ländern möglicherweise, also keine konkrete Hilfe ist. Sie haben gesagt, es ist weniger nach außen gerichtet, sondern eher auf die Stadt bezogen.

Wenn ich mir so ein bisschen die Programmpunkte anschau, dann ist ja auch die Frage: Was ist jetzt genau der Mehrwert aus der wirtschaftspolitischen Perspektive? – Denn – auch das haben Sie angesprochen – die Frage der Dekolonisierung und der Auseinandersetzung mit der Kolonialzeit ist mit Sicherheit wichtig und würde, wenn wir jetzt vielleicht im Bildungs- oder Kulturausschuss sitzen würden, noch mal eine ganz andere Richtung nehmen. Vielleicht können Sie es mir erklären, vielleicht verstehe ich es gar nicht ausreichend – deswegen sind ja solche Anhörungen, damit man danach klüger ist –, was denn jetzt der wirtschaftspolitische Mehrwert ist, den solche nach innen gerichteten Diskussionen verursachen?

Die Frage, an Vergaberichtlinien mitzuarbeiten und Hinweise für das Land Berlin zu geben, verstehe ich. Ob man diese Hilfestellung benötigt oder ob man darauf möglicherweise auch selber kommen könnte, kann ich ehrlicherweise nicht beurteilen, aber die Frage, was sich daraus direkt an wirtschaftspolitischer Aktivität ableitet, außer den Arbeitsplätzen und der Community, die in diesen NGOs und in Ihrem Eine-Welt-Haus entsteht, würde mich interessieren. Ich sehe schon ein bisschen Naserümpfen und Augenrollen ganz hinten rechts, aber Anhörungen sind ja auch dafür da, dass man klüger rausgeht, als man reinkommt. Deswegen ist das eine ernst gemeinte Frage, die ich in all den Diskussionen, die wir in den letzten 15 Jahren hier um das Thema geführt haben, vielleicht noch nicht ausreichend verstanden habe.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr, Herr Kollege! – Dann der Kollege Dr. Taschner für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Das ist ja schön, dass solche Anhörungen auch immer ein bisschen Bildungsarbeit für den einen oder anderen Abgeordneten sind.

Ich möchte mich erst mal bei Herrn Schudy und Herrn Massing für Ihr Kommen und Ihre Ausführungen bedanken. Ich möchte mich aber an dieser Stelle auch noch mal ganz besonders bei dem Referat für Entwicklungszusammenarbeit in der Senatsverwaltung bedanken. Aus unserer Sicht machen Sie mit Ihren Projekten einen super Job in der Richtung. Ich finde, man sieht auch, dass die ganze Stadt Berlin davon profitiert. Wir freuen uns, dass auch der Haushaltsentwurf in dieser Richtung weitergeht.

Ein paar Fragen habe ich, fangen wir mal mit Herrn Schudy an: Sie haben gesagt, Berlin ist seit der letzten Anhörung, zu der Sie hier waren, besser geworden. Das war vor neun Jahren, das ist ziemlich lange her, würde ich sagen. Wir müssen jetzt schauen, dass das häufiger passiert, um hier das Feedback zu bekommen. Wo kann denn Berlin noch besser werden? – Sie haben die Vergabe angesprochen. Auch das treibt uns Grüne natürlich immer um. Wie kann die Vergabe fairer, nachhaltiger, klimafreundlicher werden? – Da könnten wir uns sicherlich noch das eine oder andere vorstellen. Es gibt bestimmt noch eine ganze Reihe von anderen Dingen, wo Sie sagen: Da kann Berlin deutlich nachlegen. – Vielleicht können Sie uns dazu schon etwas mit auf den Weg geben.

Kommen wir zur konkreten Arbeit, die innerhalb des BER, des Global Village, stattfindet. Es gibt ja immer diesen Initiativentopf im Haushaltstitel – wie er genau heißt, weiß ich jetzt nicht –, aus dem Projekte finanziert werden. Vielleicht können Sie noch mal kurz das eine oder andere Projekt exemplarisch vorstellen, das wir hier über den Landeshaushalt sehr gerne unterstützen.

Eins dieser Projekte, die wir im letzten Doppelhaushalt ins Leben gerufen haben, ist das Klimabündnis. Es gibt eine sehr schöne Partnerschaft mit Brasilien. Ich glaube, es ist einzigartig, dass ein Land direkt vor Ort in Brasilien Leute unterstützt. Vielleicht können Sie dazu kurz berichten, was dabei eigentlich gelaufen ist und was Sie sich noch vorstellen können.

Zum Thema Städtepartnerschaft: Es wurde gerade schon angesprochen, dass die Senatorin sich derzeit in Jakarta befindet. Berlin hat viele Städtepartnerschaften, zwei sollen dazu kommen. Zwei bis drei liegen im globalen Süden, Windhoek, Jakarta auf alle Fälle, bei Buenos Aires weiß ich immer nicht genau, wie das zu bewerten ist. Es gab vor fünf, sechs, sieben Jahren schon mal die Idee, das auszuweiten und stärker zu nutzen, auch in Ihrem Sinne, nicht nur immer in dem Sinne, was wir wirtschaftlich von den Städtepartnerschaften gewinnen können, also nicht nur mit einer Wirtschaftsdelegation hinreisen, um Verträge zu unterschreiben, die im Wesentlichen uns nützen und von denen wir profitieren, sondern: Wie können wir schauen, dass seitens Berlin eine globale Gerechtigkeit kommt?

Herr Massing, an Sie die Frage zum Global Village: Es freut mich natürlich, ich war auch schon ein paar Mal dort, es ist echt ein super Haus geworden. Sehr schön, dass das so angenommen worden ist. Die Frage ist: Wie viel Platz haben Sie eigentlich noch? Ist es schon eng? Müsste man eigentlich schon über den Anbau nachdenken?

Im letzten Doppelhaushalt hatten wir Geld für den Veranstaltungsraum reingenommen, ich glaube, für eine Belüftungsanlage. Ist die drinnen? Klappt das alles? – Vielleicht können Sie dazu noch mal ein bisschen berichten.

Was mich interessiert, ist die Zusammenarbeit der Initiativen im Global Village. Wie hat sich die verändert, seitdem die Initiativen alle mehr oder weniger an einem Ort sitzen? Merkt man, dass die Interaktionen und der Austausch dort größer geworden sind?

An den Senat die Frage: Sie haben angesprochen, dass die Senatorin gerade in Jakarta ist. Sie haben auch gesagt, wie wichtig die Sache ist. Ich hatte Ihren Ausführungen aber so ein bisschen entnommen, dass es wieder um unseren Profit hier geht. Wen hat die Frau Senatorin eigentlich mit im Gepäck, mit dabei in Jakarta, soweit es Ihnen bekannt ist? Wie weit wird seitens der Senatsverwaltung und der Senatorin das Thema globale Gerechtigkeit in seinen verschiedenen Facetten – Klimagerechtigkeit et cetera – bei diesen Städtepartnerschaften noch stärker fokussiert, beziehungsweise was ist da in Zukunft geplant? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann haben wir den Kollegen Valgolio für Die Linke!

Damiano Valgolio (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich war auch im Frühjahr gerade im Eine-Welt-Haus. Es ist sehr schön.

Ich habe drei kurze Fragen. Einmal hatten Sie, Herr Schudy, das Thema Vergabe angesprochen, das uns hier im Wirtschaftsausschuss natürlich sehr am Herzen liegt. Wir haben schon häufiger darüber geredet und öfter festgestellt, dass es viele gute Ansätze auf dem Papier gibt, aber dass es dann in der konkreten Vergabe durch die vielen Vergabestellen nicht immer so hundertprozentig umgesetzt wird. Deswegen meine Frage an Sie beide: Wie schätzen Sie die derzeitige Vergabep Praxis der Vergabestellen ein? Werden nach Ihrer Einschätzung entwicklungs politische Grundsätze bei den einzelnen Ausschreibungen schon ausreichend berücksichtigt?

Zweite Frage: Das Lieferkettengesetz hatten wir jetzt gar nicht angesprochen, aber es ist ja die neue bundesrechtliche Errungenschaft, die bei der Beschaffung viel verbessern soll. Wie schätzen Sie das in Ihrer Arbeit ein? Hat das schon etwas geändert? Was sind die neuen Chancen dadurch? – Vor allem die großen Unternehmen sind verpflichtet, zumindest auf dem Papier, umfangreiche Nachweise über die Menschenrechtssituation bei ihren Lieferanten zu führen.

Dritte Frage, an den Senat, in Bezug auf die landeseigenen Betriebe: Das ist ja auch mal interessant, sich das anzugucken. Das ist ja das, worauf wir am ehesten Einfluss haben, auf die Beschaffungspolitik und so weiter, neben dem Vergabegesetz natürlich. Deswegen die Frage: Wie schätzt der Senat es ein, welche Rolle entwicklungspolitische Grundsätze bei den landeseigenen Betrieben spielen? Inwieweit werden sie dort berücksichtigt? Was kann man da vielleicht noch besser machen? Was erwartet der Senat durch das neue Lieferkettengesetz für die landeseigenen Betriebe? Führt das dazu, dass dort mehr darauf geachtet wird, aus welchen Ländern die Materialien kommen, die weiter verarbeitet werden, zu welchen Bedingungen produziert wird, was soziale Standards, Umweltstandards und so weiter angeht?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann für die SPD-Fraktion die Kollegin Lüdke.

Tamara Lüdke (SPD): Herzlichen Dank schon mal auch von mir für Ihre Ausführungen! Ich würde auch gerne die Gelegenheit noch mal nutzen, ein bisschen tiefer zu graben.

Die erste Frage geht ganz konkret an Herrn Massing. Das Global Village wurde als Großprojekt dargestellt. Ich bin sehr froh, dass wir in Berlin so ein Dach haben, unter dem alle zusammenkommen können. Ich interessiere mich auch sehr für all das, was dazu jetzt schon von Herrn Taschner aufgeworfen wurde, was sich dort entwickelt hat, seit Sie eingezogen sind. Als letzter Bulletpoint war dargestellt, dass es auch das dekoloniale Denkzeichen geben soll. Mein Kenntnisstand dazu ist, dass es noch nicht ganz fertig ist, dass der Wettbewerb noch läuft. Vielleicht können Sie uns noch mal kurz dazu abholen, was der aktuelle Stand ist und ob insgesamt das Projekt Global Village und der Bau des Hauses mit diesem Denkzeichen abgeschlossen sind.

Herr Schudy hatte erwähnt, dass die Bildungsarbeit ein ganz wichtiges Fundament ist, um den Weg in die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu bestellen. Mich würde interessieren: Wer sind denn die wirtschaftlichen Akteure, die in Ihrem Bereich zusammenarbeiten? – Vielleicht können Sie uns dazu ein bisschen mehr verraten, damit wir uns das bildlicher vorstellen können.

Es wurde mehrfach gesagt, dass die Senatorin heute in Jakarta ist. Auch von mir die Frage: Welche Rolle spielen Städtepartnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit? Haben Sie eine Einschätzung zum wirtschaftlichen Mehrwert von diesen Städtepartnerschaften, oder haben Sie vielleicht Konzepte in der Schublade, wie man diese Städtepartnerschaften noch besser nutzen könnte, um die Zusammenarbeit zu stärken und den wirtschaftlichen Mehrwert gegebenenfalls weiter auszubauen?

Die letzte Frage, die ich mir notiert habe: Wie läuft die Zusammenarbeit mit den Verwaltungen, neben den Kooperationen mit den Aktionsbündnissen? – Herr Taschner hatte sich schon bedankt. Auch von mir ein herzliches Danke dazu, in den letzten Jahren ist viel passiert. Aber mich würde auch noch mal von Ihnen beiden eine Einschätzung dazu interessieren, auch gerne mit den anderen Verwaltungen. Sie haben gesagt, Sie arbeiten auch bei der Bildung und der Kultur mit. Stehen alle Türen immer offen, oder gibt es auch Hürden, die Ihnen aufgefallen sind? Gibt es das gute alte Pingpong an der einen oder anderen Stelle vielleicht?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann haben wir noch den Kollegen Trefzer für die AfD-Fraktion.

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Ich war jetzt ein bisschen erstaunt, dass in der Debatte und auch in der Anhörung die kritische Debatte der letzten zehn, fünfzehn Jahre über die Themen Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik noch nicht vorgekommen ist. Ich denke, das sollte ganz entscheidend auch in die Neuarbeitung der Richtlinie mit einfließen. Es gibt ja viele Studien, die darauf hinweisen, dass die Entwicklungszusammenarbeit auch tatsächlich kontraproduktive Effekte ausgelöst hat, dass sie viele Gesellschaften in der sich entwickelnden Welt nicht vorangebracht, sondern gelähmt hat, Nepotismus und Korruption befördert hat. All diese Aspekte kamen mir ein bisschen zu kurz.

Was mir vor allem auch zu kurz kam, sind die neuen weltpolitisch-geostrategischen Veränderungen, die es in den letzten Jahren gab, die auch wichtig sind. Viele Länder haben sich weiterentwickelt, sind industrialisierte Länder. Es gibt zu Recht kritische Nachfragen, wenn Entwicklungshilfe oder Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern wie China oder Indien stattfindet, oder – ich erinnere an die Kolumne von Henryk M. Broder in der „Welt“ – was die Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien anbelangt, wo dort ein riesiger Präsidentenpalast für viele Hundert Millionen Euro gebaut wird, trotzdem aber ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf Äthiopien liegt. All diese Dinge müssen natürlich kritisch hinterfragt werden.

Man findet in den letzten Jahren ganz viele Artikel im Netz, wenn man recherchiert, in denen diese Debatte geführt wird, in denen darauf hingewiesen wird, dass der Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der entscheidende Punkt für die Entwicklung der sich entwickelnden Länder sind, und der Abbau von Zollrestriktionen ist ein ganz entscheidender Punkt. Da ist, glaube ich, eine ganze Menge in der Europäischen Union zu tun, weniger das, was man bislang unter Entwicklungszusammenarbeit verstanden hat. Ich denke, das ist ein Fokus, den wir jetzt ins Auge fassen müssen, wenn diese Richtlinien neu erarbeitet werden.

Was für mich erkennbar ist und auch in Ihrer Anhörung erkennbar geworden ist, ist, dass der Fokus sich immer mehr verschiebt, von dem, was Sie Auslandszusammenarbeit nennen, zum Thema Inlandsarbeit. Sie haben ja gesagt, ein Großteil Ihrer Aktivitäten richtet sich mittlerweile auf die Inlandsarbeit, das, was Sie Bildungsarbeit nennen. Ich muss sagen, dass ich das recht kritisch sehe. Auch wenn Sie jetzt beispielsweise über das Global Village referieren und ausführen, dass entwicklungspolitische und migrantisch-diasporische Organisationen dort ansässig sind und dieses Haus nutzen können, müssten Sie mir mal erläutern, wie da der Zusammenhang besteht. Das erscheint mir ja nur sehr oberflächlich verifizierbar oder nachvollziehbar zu sein, dass Sie sagen, hier sind migrantisch-diasporische Gruppen in dieser Stadt, und deswegen müssen die mit Entwicklungszusammenarbeit zusammengeführt werden. Das müssen Sie mir mal erläutern. Ich glaube, da schwingt auch eine ganze Menge Vorurteile über diesen Personenkreis mit. Bloß weil man sich migrantisch-diasporisch zuordnen lässt, muss man ja nicht unbedingt eine Affinität für die Entwicklungszusammenarbeit haben. Das sollten Sie vielleicht mal kritisch hinterfragen. Mich würde auch mal das Größenverhältnis beim Global Village interessieren. Was ist denn noch der Anteil der Auslandsarbeit, die Sie dort machen, oder ist es wirklich zum Großteil nur noch Inlandsarbeit?

Wenn wir dann beim dekolonialen Denkzeichen sind, glaube ich, dass wir diese Dekolonisierungsdebatte um dieses dekoloniale Denkzeichen nicht mehr einfach so führen können, ohne

zur Kenntnis zu nehmen, was letztes Jahr bei der documenta fifteen passiert ist, wo genau dieser antikoniale Diskurs wirklich in sehr bittere, auch antisemitische Diskurse übergeführt wurde. Ich glaube, da müssen Sie wirklich noch mal ein bisschen kritisch in sich gehen. Es gibt diese Debatte um die Thesen von Dirk Moses, die in den entwicklungspolitischen und dekolonialen Zusammenhängen sehr intensiv geführt werden. Ich kann vor einigen Thesen, die dort verbreitet werden, wirklich nur warnen, und ich sehe das sehr kritisch.

Dann vielleicht in dem Zusammenhang meine Frage an Sie: Inwieweit werden diese Debatten, die sich durch die Konsequenzen aus der documenta fifteen ergeben haben, bei Ihnen am Global Village geführt? Greifen Sie das auf? Stellen Sie sich dem? Wie gehen Sie damit um?

Der Appell an den Senat oder die koordinierenden Stellen für die Erarbeitung der neuen Richtlinien: Bitte beziehen Sie schwerpunktmäßig nicht nur NGOs ein, sondern greifen Sie auch tief auf den wirtschaftspolitischen Sachverstand, der an den Universitäten in dieser Stadt vorhanden ist, zurück, damit diese Leitlinien tatsächlich erkennbar einen Schwerpunkt auf der sogenannten Auslandsarbeit haben!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann sind wir durch die Fraktionsrunde durch. Wir kommen zur Beantwortungsrunde. Ich würde jetzt mit den Anzuhörenden anfangen. Haben Sie wieder einen besonderen Wunsch, wer anfangen soll, oder geht es jetzt nach dem Alphabet? – Also Herr Schudy wieder. – Bitte sehr!

Alexander Schudy (BER; Geschäftsführer): Vielen Dank! – Das sind viele Fragen. Die Entwicklungspolitik ist ein großes Feld. Ich versuche, zuerst eine Frage von Herrn Taschner zu beantworten, vielleicht kann ich damit gleich ein paar andere mitbeantworten. Er hat gefragt: Was wird denn eigentlich aus dem Titel „Maßnahmen zur Förderung von Projekten, Bildungs- und Informationsarbeit in der Entwicklungspolitik“, so heißt es im Haushalt genau, finanziert? – Ich möchte mal kurz ein Projekt nennen, das ein bisschen das Thema Inlands- und Auslandsarbeit erklärt, und weil es gerade so aktuell ist. Vor einer Woche oder zwei Wochen gab es eine Pressemitteilung zu den Berliner Schulklos und wie die aussehen; vielleicht erinnert sich der eine oder die andere daran. Das war von einer unserer Mitgliedsgruppen, die eigentlich die sogenannte Auslandsarbeit machen, also Sanitärprojekte im globalen Süden, aber das Thema auch hier in die Schulen bringen, die Toilette als sozialen Raum sozusagen: Guckt euch mal an, wie hier die Schulen aussehen! – Das ist praktisch so ein Versuch eines Beispiels, die Inlands- und Auslandsarbeit zusammenzubringen. Dort wird dann auch mit Unternehmen zusammengearbeitet, zum Beispiel in diesem Fall mit Hygieneproduktherstellern, wie man Hygiene eigentlich erklärt, wie man Hygiene auf Hygieneprodukten erklärt und so weiter. Das sind typische Kooperationen, die unsere Mitgliedsgruppen eingehen.

Es werden natürlich aber auch andere wirtschaftliche Akteure und andere wirtschaftliche Standortmarketinggeschichten einbezogen und berührt. Das war die Frage von Herrn Dietmann nach dem Zusammenhang vom fairen Handel, von den fairen Produkten. Es gibt die faire Stadtschokolade, den fairen Stadtkaffee und so weiter. Da wird auch mit Unternehmen zusammengearbeitet, gerade im Bereich der Digitalisierung. In jüngster Zeit treten viele Hackergruppen bei uns ein, die mit Start-ups im globalen Süden zusammenarbeiten, wo es wirklich ein beidseitiges Lernen und einen intensiven Austausch zwischen den Unternehmen hier und jungen Start-ups in Afrika oder Lateinamerika gibt.

Wie kann man noch besser werden? – Das fasse ich zur Frage von Herrn Taschner und zur Frage der SPD zusammen. Die Partnerschaftsarbeit wurde genannt. Ja, wir kritisieren das schon lange, das ist ein zentrales Thema, das auch in dem Ministerpräsidentenbeschluss und in den alten Leitlinien genannt ist. Wir finden, dass die Städtepartnerschaften, die Berlin mit Städten im globalen Süden eingegangen ist, sehr wohl noch mehr entwicklungspolitische Inhalte brauchen können. Dafür haben wir tatsächlich ein Konzept entwickelt. Das haben wir auch schon den Senatsverwaltungen und den verschiedensten Beteiligten, der Senatskanzlei, der Kulturverwaltung, aber natürlich auch der Wirtschaftsverwaltung als maßgeblicher Verwaltung, vorgestellt. Daran arbeiten wir. Dafür suchen wir noch eine Finanzierung, nicht nur vom Land Berlin, sondern auch vom BMZ. Es würde mich sehr freuen, wenn wir dazu ins Gespräch kommen.

Das Ziel dieses Projekts ist es, anhand dreier Südstädtepartner – das sind in dem Fall Mexico City, Windhoek und Jakarta – wirklich mal durchzudeklinieren, wie Zivilgesellschaft, Unternehmen, Wissenschaft und vor allem Verwaltungen zusammenarbeiten können, um über den üblichen – ich meine es nicht despektierlich – Wimpel- oder Choraustausch hinauszukommen und gegenseitig voneinander zu lernen, wie man auf globale Herausforderungen, die wirklich alle betreffen, gemeinsame Antworten finden kann. Es wäre toll, wenn wir dazu noch weiter im Gespräch bleiben können.

Eine weitere Frage gab es zur Zusammenarbeit mit den Verwaltungen. Mit der Wirtschaftsverwaltung ist es eine sehr gute Zusammenarbeit, vor allem natürlich mit der zuständigen Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit. Man muss sagen, dass in den letzten zehn Jahren nicht nur die Aufgaben, sondern auch die Mittel stark angewachsen sind. Was leider nicht angewachsen ist, ist die Verwaltung selbst. Das wäre natürlich auch wünschenswert, um auf der Verwaltungsseite noch einen stärkeren Partner zu haben. Der Austausch mit der Zivilgesellschaft ist aber wirklich sehr produktiv. Er spiegelt sich auch in den verschiedensten Gremien, wie zum Beispiel dem Beirat Entwicklungszusammenarbeit, der Landesstelle und so weiter.

Mit den anderen Verwaltungen ist es auch gut. Wir haben viel Austausch, gerade im Bereich der Städtepartnerschaften, mit der Senatskanzlei, im Bereich des Postkolonialismus mit der Kulturverwaltung – Herr Massing wird dazu noch etwas erzählen –, aber unser allerstärkster Austausch, nach dem mit der Wirtschaftsverwaltung, ist tatsächlich der mit der Bildungsverwaltung, wo wir ganz tief in die inhaltlichen Ausgestaltungen, zum Beispiel der Rahmenlehrpläne oder Curricula, eintauchen und entwickeln, wie wir mehr Themen der Entwicklungspolitik im Kontext globaler Gerechtigkeit implementieren. – Soweit fürs Erste.

Armin Massing (Berlin Global Village gGmbH; Geschäftsführer): Vielen Dank! – Vielleicht noch mal grundsätzlich zur Frage der CDU der Hinweis, dass innerhalb der föderalen Aufteilung in Deutschland die Bildung Ländersache ist. Deswegen ist dieser ganze Bereich der Inlandsarbeit bei der Entwicklungspolitik ein integraler Bestandteil dessen, was darunter zu verstehen ist, und die Entwicklungspolitik ist im Land Berlin der Wirtschaftssenatsverwaltung zugeordnet. Deswegen geht es an der Stelle wirklich nicht um eigene wirtschaftliche Interessen.

Wenn wir aber beispielsweise auf das Vergabegesetz gucken und schauen, wie Menschenrechte in den wirtschaftlichen Lieferketten jetzt Stück für Stück durchgesetzt werden sollen,

ist das ja ein grundlegend wirtschaftspolitisches Thema. In dem Bereich habe ich lange gearbeitet. Gerade die Firmen, die da vorangeschritten sind, wie beispielsweise Tchibo, wollen das, die haben gefordert, dass es ein entsprechendes Gesetz gibt, damit sie nicht dafür, dass sie die Menschenrechte in den Lieferketten achten, einen Nachteil im Wettbewerb haben. Es gibt natürlich ganz klar die Verbindung in die Wirtschaftspolitik, aber der Bildungsbereich ist auch ein Teil, der im Rahmen der Aufteilung zwischen Land und Bund zu den Zuständigkeiten gehört.

Zu den konkreten Fragen zum Global Village der Reihe nach: Wir sind total voll ausgebucht. Berlin hat eine große entwicklungspolitische und zivilgesellschaftliche Szene. Wir hätten den Raum für die Büroflächen dreifach vergeben können. – Die Belüftungsanlage ist drin, sie ist eingebaut.

Wir sehen, dass wesentlich mehr Kooperationen unter den Organisationen, die im Haus sind, entstanden sind. NGOs, die vorher nicht kooperiert hätten, arbeiten jetzt zusammen.

Zum Stichwort migrantisch-diasporische Organisationen: Wir haben die, die auch in der Eine-Welt-Arbeit aktiv sind, das sind Menschen, die aus Ländern des globalen Südens kommen. Die sind eigentlich alle, wenn sie hier Vereine haben, auch in ihren Herkunftsländern aktiv. Das heißt, das Innovative und Wichtige im Global Village war, das zusammenzubringen, was vorher oft parallel lief. Es geht um migrantisch-diasporische Organisationen, die auch in ihren Herkunftsländern im globalen Süden aktiv sind.

Zum Sachstand des dekolonialen Denkzeichens: Das ist ein zweistufiger, anonymisierter Wettbewerb. Wir stehen kurz vor der ersten Jurysitzung. Wir haben 270 Einreichungen aus der ganzen Welt, das sind unglaublich hohe Zahlen für einen Wettbewerb, das ist sehr erfolgreich. 40 Prozent sind aus dem globalen Süden, auch das ist jetzt schon ein großer Erfolg. Wir haben eine internationale Fachjury mit hochdekorierten Professorinnen und Professoren, auch aus den USA, die sicherstellen werden, dass es keinerlei antisemitische Diskurse geben wird. Wir stellen uns der Verantwortung ganz sicher. Das würde überhaupt nicht zum Global Village passen.

Ist das Projekt abgeschlossen? – Sie haben eben auf dem letzten Bild das gesehen, was immer noch übrig ist. Was angesichts des jetzt schon bestehenden Platzmangels noch wichtig wäre, wäre es, das Dachgeschoss vom Altbau noch auszubauen. Dafür haben wir derzeit ein Projekt am Laufen, das auch wieder starke wirtschaftspolitische Bezüge hätte, dort nämlich ein digitales Hub reinzusetzen, mit dem Ausbau noch mal 500 Quadratmeter zu gewinnen und dort Akteure zusammenzubringen, die sich mit der Digitalisierung und der nachhaltigen Digitalisierung beschäftigen. Dieser Bereich muss viel mehr gestaltet werden, auch da Aspekte globaler Gerechtigkeit reinzubringen und das nicht nur von großen multinationalen Konzernen steuern zu lassen. Wir könnten Verbindungen zu der Start-up-Szene in Berlin herstellen, wir haben das Impact Hub direkt neben uns, mit dem wir schon kooperieren, mit Start-up-Szenen im globalen Süden, beispielsweise in Nigeria, da gibt es viele Kontakte bei uns im Haus. – Die Organisationen im Haus machen ja die Auslandsarbeit, nicht wir als Träger des Hauses. – Sie könnten ganz neuartige Verbindungen herstellen, um auch den Bereich der Digitalisierung nachhaltig und aus einer global gerechten Perspektive zu gestalten. – Damit bin ich, glaube ich, auf alles einmal kurz eingegangen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank auch für Ihre Beantwortung! – Dann hat der Staatssekretär direkt gebeten zu antworten.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch den beiden Experten von meiner Seite herzlichen Dank für Ihre Arbeit und Ihre Ausführungen. Ich bin auch dankbar dafür, dass Sie das Feedback gegeben haben, dass die Kolleginnen und Kollegen, die mit und für Frau Reich in der LEZ arbeiten, einen guten Job machen. Wir wollen das auch weiterhin tun. Auch deswegen ist das im Koalitionsvertrag so formuliert, dass wir die Projekte fortführen werden. Das heißt aber nicht, dass man keinen kritischen Dialog miteinander führen muss. Der ist wichtig.

Ich gehe auf ein paar Punkte ein, die den Senat betroffen haben oder betreffen. Gerade ist noch mal darauf eingegangen worden, wie die Aufteilung zwischen der Bundes- und der jeweiligen Landesebene aussieht. Das BMZ ist in der Tat für die internationale Verknüpfung zuständig, das heißt nicht, dass die Länder über ihre LEZ als Koordinierungsstellen beziehungsweise die Player in dem jeweiligen Länderökosystem – so nenne ich das jetzt mal – nicht auch internationale Kooperationen eingehen können. Wir auf der Landesebene haben – ich habe das vorhin mit Aufklärung beschrieben – den Bildungsauftrag, dafür zu sensibilisieren. Natürlich ist es wichtig, dass wir in Berlin, Brandenburg oder Bayern davon eine Vorstellung haben, wie Menschen im globalen Süden leben, arbeiten und welche Auswirkungen das auch auf unser Zuhause hat. Insofern ist das, je früher man damit anfängt, umso besser. Das Global Village hat gute Voraussetzungen, diesen Bildungsauftrag zu erfüllen.

Von Herrn Schudy kamen ein paar Punkte in meine Richtung. Ich finde es erst mal gut, dass Sie formuliert haben, dass die Personalausstattung im LEZ auch bei mir ausgebaut werden könnte. Das bewerte ich jetzt nicht. Sie sitzen aber an der richtigen Stelle, hier sitzt der Haushaltsgesetzgeber, der kann das sicherlich mitnehmen.

Was das Thema ILO-Kernarbeitsnormen angeht, hat es von mir gerade eine Abzeichnung, also eine Freizeichnung, gegeben. Das geht jetzt weiter ins Verfahren senatsseitig; das wollte ich Ihnen an dieser Stelle nur kurz zurufen. Auch da gibt es einen engen Austausch mit der Kompetenzstelle, die wir durch den Wirtschaftssenat unterstützen.

Es ist das Thema Städtepartnerschaften angesprochen worden; ich glaube, Herr Dr. Taschner, Sie waren das. Die von Ihnen genannten Städte – es gibt noch ein paar Regionen, die dazu kommen – sind tatsächlich die Städtepartnerschaften, die wir haben, organisiert über die Senatskanzlei, einige davon bestehen schon seit vielen Jahren. Eine Städtepartnerschaft wird heute, sobald die Senatorin in Jakarta ankommt, durch den Delegationsbesuch begleitet. Der ausschlaggebende Punkt dieses Besuches ist die Eröffnung eines Start-up-Hubs in Jakarta, also eine wirtschaftliche Wertschöpfung vor Ort und eben nicht hier in Berlin durch ein EU-Projekt „Smart Change“ über mehrere Jahre. Dort wird jetzt das rote Bändchen durchgeschnitten. Die Struktur ist geschaffen und kann mit Unternehmen vor Ort und dem dortigen Start-up-Ökosystem besetzt werden. Darüber hinaus sind NGOs mit in dieser Delegation, aber eben auch Wirtschaftsunternehmen – vom BER, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, ist Frau Werther mit dabei –, also die Personen, die sich um die Frage der Entwicklungszusammenarbeit von Berlin aus kümmern. Die Themen Digitalisierung, Klimaschutz und Smart City sind auf der Reise nach Jakarta die Tophemen, wenn man so will.

Herr Valgolio, Sie haben die landeseigenen Betriebe angesprochen. Natürlich ist das der Vorbildcharakter, den Berlin und seine landeseigenen Unternehmen auch an dieser Stelle vollziehen müssen, werden und das auch tun, wenn ich mir die Betriebe angucke. Die haben in den letzten Jahren alle breit aufgestellte Nachhaltigkeitsstrategien erarbeitet, die dies zum Thema haben. Aber die sozialen und ökologischen Standards sind ja nicht nur bei uns im Ausschreibungs- und Vergabegesetz geregelt – bleiben im Übrigen auch Bestandteil nach der Evaluation 2024, das steht ja auch im Koalitionsvertrag –, sondern werden auch von den Betrieben eingehalten. Mein Haus ist, was das Thema angeht, in ständigen Strategiegesprächen, insbesondere mit der „Kompetenzstelle Faire Beschaffung“ und auch beim „Aktionsbündnis Fairer Handel“.

Was uns immer wichtig ist, damit nicht dieser Eindruck entsteht, Berlin macht das, um eine Profitmaximierung zu betreiben, die eigene Wirtschaftlichkeit ins Schaufenster zu stellen oder noch mehr zu organisieren: Wir setzen kooperativ das um, was an Ideen an uns herangetragen wird. Wir fahren nicht nach Jakarta und erzählen denen dort, was sie machen müssen, sondern das wird kooperativ gemacht. In der Regel haben sie Ideen, wo wir unterstützend tätig werden. So werden die Projekte auch bei uns ausgesucht.

Es gab den Vorwurf, dass das ohne wirtschaftspolitischen Sachverstand, ohne Universitäten und Hochschulen abläuft. Sowohl die HU, die TU als auch die HWR sind in diesen Strukturen mit unterwegs, die TU mit dem Alumni-Programm, weltweit organisiert, die HU mit dem Seminar für Ländliche Entwicklung, das ist ein Postgraduiertenstudiengang für Entwicklungszusammenarbeit, und die HWR durch das Programm „Internationale Gewerkschafter in Berlin“. Insofern ist dieser Prozess schon sehr breit aufgestellt. Die beiden Experten haben eindrucksvoll darüber berichtet, wie das Ökosystem in Berlin aufgestellt ist, dass es sehr breit aufgestellt ist, mit vielen Playern, die dazu eine Expertise an den Start bringen. – Ich gucke noch mal, ob ich etwas vergessen habe. Nein, das waren die Punkte, die angesprochen wurden.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gut, vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen und Fragen sehe ich jetzt nicht.

Dann würde ich sagen, wir machen es wie immer: Die Besprechung wird vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet ist. – Das wird so gesehen. Dann ist das der Fall.

Ich darf mich bei Herrn Massing und Herrn Schudy bedanken, dass Sie heute bei uns waren. Ich darf Ihnen gute weitere Termine wünschen. Wir werden uns bemühen, Sie nicht wieder zehn Jahre, oder wie lange das war, warten zu lassen. In dem Sinne, einen schönen Tag noch! – Vielen Dank!

Dann kommen wir zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | |
|--|---|
| a) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1074
Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner
Mobilitätsgesetzes | 0153
WiEnBe
Haupt
Mobil(f) |
| b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion die Linke
Drucksache 19/0983
Gesetzentwurf zur Änderung des Berliner
Mobilitätsgesetzes und des Berliner Straßengesetzes | 0108
WiEnBe
Haupt
Mobil(f) |

Jetzt kann das begründet werden. Die Begründung macht Herr Dr. Taschner, oder? Ich frage Herrn Dr. Taschner: Ist die Kollegin Bozkurt jetzt ganz raus? – Nein. Dann haben Sie das Wort.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Genau! – Wir wollen jetzt für diesen Tagesordnungspunkt das Rederecht für meine Kollegin Antje Kapek beantragen, die gerne zum Mobilitätsgesetz sprechen möchte.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gut. Dann ist es keine Vertretung, weil Frau Bozkurt wiederkommt, dann ist das jetzt ein zusätzlicher Antrag. Wird dem Antrag widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann gehe ich davon aus, dass das einvernehmlich ist und Frau Kapek die Möglichkeit hat, hier zu sprechen. – Das ist der Fall.

Dann frage ich jetzt: Wer begründet den Antrag für Bündnis 90/Die Grünen? Herr Dr. Taschner?

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Nein, es tut mir leid, ich will noch immer nicht begründen, aber es ist ein wichtiges Thema. Wir würden deswegen die Anfertigung eines Wortprotokolls auch zu diesem Tagesordnungspunkt für hilfreich erachten.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gut. Es wird ein Antrag auf ein Wortprotokoll gestellt. – Wird dem widersprochen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann gehe ich davon aus, dass das auch einvernehmlich so ist. – Noch weitere Anträge zur Geschäftsordnung, Herr Dr. Taschner? – Nein, das ist nicht der Fall.

Wer begründet jetzt bei Bündnis 90/Die Grünen den Antrag? – Frau Kapek, welche Überraschung! – Bitte sehr!

Antje Kapek (GRÜNE): Das erfreut mich, dass ich Sie heute noch überraschen durfte, Herr Stroedter. Vielen Dank für die Erteilung des Rederechts! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich sehr, es ist ein wichtiges Thema. Auch die Wirtschaftsverwaltung hat viele Jahre dafür gearbeitet und sich engagiert eingesetzt, damit das 5. und 6. Kapitel im Mobilitätsgesetz endlich zur Verabschiedung eingereicht werden. Dementsprechend gab es seit 2020 Be-

teiligungsprozesse und auch Abstimmungen mit der Zivilgesellschaft, mit Verbänden, aber vor allem – das ist mir besonders wichtig – auch mit Wirtschaftsverbänden und den Berliner Bezirken. Denn bei vielen Maßnahmen, über die wir in diesen beiden Kapiteln sprechen, handelt es sich um bauliche Maßnahmen, die von den Bezirken umgesetzt beziehungsweise genehmigt werden müssen. Insofern haben wir als, ich sage mal, alte Koalition im ersten Teil der Legislaturperiode dankenswerterweise festgestellt, dass es zu einer einvernehmlichen Einigung des damaligen Berliner Senats gekommen ist, und dieses Gesetz wurde dann im Mai dieses Jahres im Parlament eingereicht.

Jetzt wird es Sie nicht sonderlich erstaunen, dass wir mit dem spontanen Zurückziehen des Senats alles andere als glücklich waren, und dass alle Befürchtungen, die wir hatten, die damit im Zusammenhang standen, sich leider bewahrheitet haben. Weder hat es eine erneute Beteiligung von den Bezirken gegeben, noch von Wirtschaftsverbänden, sondern im Gegenteil, es gab wohl ein paar sporadische Gespräche, die sich aber nicht in der Tiefe mit den Inhalten auseinandergesetzt haben. Stattdessen hat eine große Streichungsorgie stattgefunden, und aus dem ursprünglichen Entwurf des Senats wurde eine stark entkernte Variante dieser beiden Kapitel hier heute vorgelegt.

Deshalb mache ich es jetzt ganz kurz – Sie können ja gleich in der Aussprache noch mal darauf eingehen, wieso, weshalb, warum –, aber wir halten die Globalalternative, die von der Linkenfraktion und Bündnis 90/Die Grünen hier eingebracht wurde, nach wie vor für den einzig sinnvollen Antrag, denn dieser spiegelt das wider, was im Beteiligungsverfahren mit den Wirtschaftsverbänden erarbeitet wurde. In der halbierten Variante, die die heutige Koalition vorgelegt hat, fehlen vor allem maßgebliche Instrumente, um das, was als Zielsetzungen formuliert wurde, umzusetzen. Deshalb ist dies nicht ausreichend, um tatsächlich den Wirtschaftsverkehr in Berlin nicht nur zu fördern, sondern ihm endlich auch im Rahmen des Mobilitätsgesetzes den Raum einzuräumen, den er verdient.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann würde ich erst mal dem Senat die Möglichkeit geben, das Gesetz hier noch mal in der Vorlage – zur Beschlussfassung – einzubringen und vorzustellen. – Bitte sehr, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kapek! Ich freue mich, Sie zu sehen. Vielen Dank für die Ausführungen! Ich darf mich aus wirtschaftspolitischer Sicht vor allem zum Thema Wirtschaftsverkehr äußern, weil das zwar nicht federführend in meinem Haus liegt, aber dennoch federführend begleitet wird, weil das natürlich für den Wirtschaftsstandort von größter Bedeutung ist, insbesondere wenn man es sich zur Aufgabe gemacht hat, Innovationsstandort Nummer eins zu werden. Das hat dann auch viel mit Logistik- und Mobilitätsfragen zu tun.

Insofern begrüße ich es erst einmal sehr, dass die neue Verkehrssenatorin das Thema Wirtschaftsverkehre in den Senat eingebracht hat. Ich glaube, alle, die hier sitzen, können mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein, weil wir einen Vorrang für den Wirtschaftsverkehr haben, zum Beispiel vor der Errichtung von Parkflächen. Der Wirtschaftsverkehr hat eine überragende Bedeutung, weil er die Ver- und Entsorgung in Berlin organisiert und Handwerksbetriebe, Logistikunternehmen, das kennen Sie alle selbst aus Ihrer Wahlkreisarbeit und den Gesprächen mit den Wirtschaftsverbänden, an vielen Ecken und Enden in dieser Stadt oft Probleme haben zu liefern, abzuholen beziehungsweise Bautätigkeiten aufzunehmen, weil schlichtweg die Möglichkeit des Parkens oftmals fehlt beziehungsweise es relativ schwierig ist. Insofern ist es für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung, dass wir dieses Thema jetzt in den Senat eingebracht haben und auch so eingebracht haben, wie es eingebracht wurde. Insofern wäre ich sehr daran interessiert, was Ihnen noch fehlt. Sie haben den Antrag gestellt, das unverändert einzubringen. Ich finde das Produkt, das jetzt vorliegt, umsetzungsfähig. Ich rede jetzt nicht von der Neuen Mobilität, ich rede von Wirtschaftsverkehren. Das hatte ich eingangs gesagt. Wenn Sie mir noch ganz konkret sagen würden, was Ihnen zu diesem Bereich noch fehlen würde, wäre ich Ihnen dankbar, aber das kann sicherlich in der Debatte mit den anderen Fraktions- und Ausschussmitgliedern noch mal eine Rolle spielen. Ich jedenfalls kann für den Senat sagen, dass wir es begrüßen, dass das Thema Wirtschaftsverkehr senatsseitig besprochen und beschlossen wurde und dass die Bedeutung der Wirtschaftsverkehre klar thematisiert ist und auch der Vorrang hinterlegt ist.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Staatssekretär, auch für die Vorstellung der Vorlage! – Dann liegen auf Ihrem Tisch, die sind noch verteilt worden, Änderungsanträge der Fraktion Die Linke – zur Beschlussfassung – „Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Mobilitätsgesetzes“. Ich gehe davon aus, dass Die Linke erst mal eine Begründung ihrer Änderungsanträge machen will. – Herr Kollege Valgolio! Sie haben sich gemeldet. Dann würde ich Sie als Ersten drannehmen, bevor wir in die allgemeine Aussprache gehen. – Dann hätten Sie das Wort.

Damiano Valgolio (LINKE): Gern! Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich finde, es passt auch ganz gut von der Dramaturgie her, weil Herr Biel gerade gefragt hatte, was an dem Gesetzentwurf des Senats fehlt. Da haben wir Ihnen jetzt fünf gute Vorschläge vorgelegt, wie man das noch verbessern könnte. Dazu komme ich gleich noch. Die entscheidende Diskussion und Abstimmung wird ohnehin vermutlich nicht heute erfolgen, sondern übermorgen, am Mittwoch, im Mobilitätsausschuss. Insofern gibt es auch für die anderen Fraktionen noch etwas Zeit, sich noch intensiver mit dieser Tischvorlage auseinanderzusetzen und hoffentlich auch das eine oder andere zu übernehmen. Teilweise sind es Verbesserungen des Gesetzestextes, die schon in der alten Koalition abgestimmt worden waren. Insofern besteht durchaus Hoffnung, dass wir diese Änderungsvorschläge nicht nur für die Galerie gemacht haben, sondern dass sie tatsächlich Eingang in das Gesetz finden.

Wir werden, um das gleich vorwegzunehmen, dem Antrag und dem Gesetzentwurf des Senats heute zustimmen, weil es mit diesen fünf Änderungen, die man noch vornehmen könnte, ein guter Gesetzentwurf ist, an dem lange gearbeitet wurde. Er entspricht fast vollständig dem, was in der alten Koalition ausgearbeitet worden ist, zumindest zum Wirtschaftsverkehr. Da haben wir gute Arbeit gemacht. Auch Stephan Schwarz, den ich für einen ganz hervorragenden Wirtschaftssenator gehalten habe und immer noch halte, hat die letzten Handgriffe angelegt. Deswegen ist es ein gutes, passables Gesetz zum Wirtschaftsverkehr. Wir werden dem

zustimmen. Bedauerlich ist, wie schon die Kollegin Kapek gesagt hat, dass wir die Wirtschaft über ein halbes Jahr haben warten lassen. Man hätte das nicht zurückziehen müssen. Man hätte es so, wie es vom alten Senat vorlag, schon abstimmen können. Dann wäre es schneller gegangen. Wir brauchen ganz dringend Verbesserungen beim Wirtschaftsverkehr, wie Sie richtig dargestellt haben, Herr Biel. Die kleinen Handwerksbetriebe, die Paketdienste, alle werden im Moment massiv bei ihrer Arbeit behindert und damit auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung, weil sie nicht durchkommen, weil sie nicht parken können, weil sie Reparaturen nicht vornehmen können und so weiter. Also wäre es wünschenswert gewesen, wenn der neue Senat nicht den Rückwärtsgang eingelegt hätte, sondern das Gesetz so, wie es schon vor einem halben Jahr vorlag, hätte weiterlaufen lassen. – Das ist der erste Punkt.

Außerdem hat es der neue Senat für erforderlich gehalten, den Teil zur Neuen Mobilität zu streichen, wie die Kollegin Kapek richtig dargestellt hat. Es bleibt trotzdem ein vernünftiges Gesetz zum Wirtschaftsverkehr. Allerdings wäre es noch besser gewesen, wenn wir auch die Neue Mobilität mit einbezogen hätten, denn man kann, davon sind wir überzeugt, dem Wirtschaftsverkehr in dieser Stadt, die an vielen Stellen verstopft ist, nur wirklich auf die Sprünge helfen, wenn man auch den Mut hat, den nicht wirtschaftlichen motorisierten Individualverkehr besser zu lenken und teilweise auch einzuschränken. Da habe ich den Eindruck, dass die neue Koalition möglicherweise aus ideologischen Gründen diese einfache Wahrheit ein bisschen verdrängt und ein bisschen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und gedacht hat: Oh, Neue Mobilität! Das klingt alles ein bisschen Rot-Grün. Das streichen wir mal lieber alles. – Sie haben sich überhaupt keine Gedanken gemacht, ob damit nicht auch gute Ansätze gestrichen worden sind, die gerade dem Wirtschaftsverkehr in unserer Stadt geholfen hätten. Deswegen beantragen wir, dass auch der alte Teil des Gesetzes zur Neuen Mobilität mit beschlossen wird. Da wir uns nicht ganz sicher sind, ob wir Sie heute mit guten Argumenten überzeugt bekommen und damit wir Sie überzeugt kriegen, haben wir darüber hinaus noch diese fünf Änderungsanträge zum Gesetzentwurf des Senats zu Papier gebracht.

Dazu jetzt in der gebotenen Kürze einige Erläuterungen: Sie haben sie gerade erst als Tischvorlage bekommen. Zumindest die Kolleginnen und Kollegen von der SPD müssten den großen Teil der Änderungsanträge kennen, weil das teilweise schon in der alten Koalition abgestimmt war. Für alle anderen sage ich noch mal kurz, was das Kernanliegen ist.

Wir wollen einmal, dass bei der Entwicklung neuer Wirtschaftsstandorte, neuer Flächen, immer auch geprüft wird, inwieweit man das an die Schiene anbinden kann, um den Gütertransport per Schiene zu ermöglichen, aber auch, um es den Beschäftigten, die dorthin zur Arbeit fahren, zu ermöglichen, das eben nicht mit dem Auto zu machen, damit in der Folge der kleine Handwerker mehr Platz auf der Straße hat. Das ist ein Vorschlag: Immer, wenn neue Gewerbeflächen entwickelt werden, muss obligatorisch geprüft werden, inwieweit das an die Schiene angebunden werden kann, an den Personenschienenverkehr und an den Schienengüterverkehr.

Ein weiterer Punkt, damit ende ich, ist: Wir schlagen mit Ziffer 5 unseres Änderungsantrages vor, dass dafür gesorgt wird, dass die Ladeverkehrsflächen, die nach dem Abschnitt zum Wirtschaftsverkehr verstärkt eingerichtet werden, wirklich dem Wirtschaftsverkehr, den Handwerkern, Lieferdiensten und so weiter zur Verfügung stehen. Im Moment erleben wir leider, dass das zwar als Ladeverkehrsfläche ausgeschrieben ist, zum Beispiel am Kottbusser Damm, vielleicht kennt es der eine oder andere, allerdings stehen dort keine Handwerkerfahr-

zeuge, sondern da stehen logischerweise irgendwelche anderen Privatfahrzeuge, die das zu-parken. Deswegen ist leider den kleinen Unternehmen, die diese Flächen nutzen möchten, nicht so sehr geholfen, wenn man nur ein Schild hinstellt und sagt: Das ist eine Ladeverkehrsfläche –, sondern, so ist es leider immer in der Gesellschaft, man muss in der Regel dafür sorgen, dass diese Flächen auch dafür verwendet werden. Deswegen schlagen wir vor, dass bauliche Vorrichtungen eingerichtet werden, zum Beispiel absenkbar Sperrungen, die verhindern, dass irgendwelche Falschparker, wie es im Moment passiert, diese Flächen zuparken, damit dort wirklich der Handwerker parken kann, denn sonst ist es leider wie so oft gut gemeint, ein schönes Schild aufgestellt, in der Praxis hat man aber nicht viel gewonnen. – Darum geht es im Kern bei unserem Änderungsantrag. Insofern hoffe ich, dass wir Sie überzeugen konnten, dafür zu stimmen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann steigen wir in die Debatte ein und fangen an mit der Kollegin Kapek von Bündnis 90/Die Grünen.

Antje Kapek (GRÜNE): Danke schön, Herr Ausschussvorsitzender Stroedter! – Auch ich freue mich, Sie alle zu sehen. Ich möchte mich dem Lob für den ehemaligen Senator, Stephan Schwarz, ausdrücklich anschließen. Ich bin mir sogar sicher, dass es, wäre er noch Senator, keine Streichung gegeben hätte. So weit würde ich gehen.

Erst mal möchte ich die Frage von Ihnen, Herr Biel, gern beantworten, was fehlt. Allein im Bereich Wirtschaftsverkehr fehlt die Förderung emissionsarmer Fahrzeuge. Auch glaube ich, dass der Wegfall eines Bekenntnisses zur Reduktion des individuellen privaten Autoverkehrs zulasten des Wirtschaftsverkehrs geht, denn den Platz und die Fläche auf der Straße möchte ich vorrangig für die reservieren, die tatsächlich auf das Auto oder größere Fahrzeuge angewiesen sind. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, da hat bei mir persönlich die Hebamme, der Pflegedienst oder auch der Malermeister Vorrang. Das wird aber an vielen Stellen nicht funktionieren, wenn ich den Platz nicht ganz ausdrücklich reserviere, weil er dann schlichtweg von Privatpersonen blockiert ist. Deshalb kann man das Kapitel Wirtschaftsverkehr nicht vom Kapitel Neue Mobilität trennen. Es hängt untrennbar miteinander zusammen, denn im Kapitel Wirtschaftsverkehr habe ich eine ganze Reihe von ausgesprochen richtigen und wichtigen Zieldeklarationen, aber ohne die Umsetzungsinstrumente werden wir weiter auf der Stelle treten. Das ist ein bisschen so, als würde ich im Gesetzestext schreiben: Wir beschließen hiermit, künftig die Armut in Berlin abzuschaffen –, und dann aber alle Kapitel, die sagen, wie wir es machen, streichen. Das ist ganz ähnlich, wenn ich alle Instrumente, die sich auf das Thema Parkmanagement, das Ausweisen von Lieferzonen, das explizite Bereitstellen von Flächen für Micro-Hubs und so weiter streiche, dann schade ich denjenigen, die darauf angewiesen sind, inklusive dem Wegfall der Koordinationsstelle Rad- und Fußverkehr, denn, das hat das IHK-Sommerfest zuletzt gezeigt, immer mehr Wirtschaftsunternehmen steigen auf Lastenräder um. Das fand ich recht eindrücklich. Ich weiß nicht, wer von Ihnen das gesehen hat. Es gibt mittlerweile ganze Handwerkskits für Lastenfahrräder, damit man in der Stadt, dort, wo ich bislang keine Park- oder Stellplätze finde, mindestens mit dem Lastenrad in die Lieferung oder Auftragserfüllung gehen kann. Das ist aber ein Problem, wenn ich auf der einen Seite Radwege nicht weiter ausbaue, um zum Beispiel Lieferdiensten und vielen anderen ihre Wege zum Kunden erleichtere, und es ist auf der anderen Seite schwierig, wenn ich mich nicht klar dazu bekenne, dass die Parkplätze nicht wegfallen müssen, sondern dass sie umgewidmet werden müssen, nämlich für diejenigen, die richtigerweise, wie Sie es gerade gesagt haben, diese Stadt am Laufen halten, und das sind die Unternehmerinnen und Unternehmer in

Berlin. Deshalb kann ich das an dieser Stelle wirklich nicht nachvollziehen, wie Sie das Instrumentarium wegfällen lassen können und sagen können: Wir bekennen uns zum Wirtschaftsverkehr. – Auf der Zielebene ist das richtig. Nichts, was hier steht, ist falsch, aber es fehlt das, was der Handwerksmeister mitbringen würde, nämlich der Werkzeugkasten.

Es geht noch ein bisschen darüber hinaus. Alle Bekenntnisse, die es davor zum Thema Luft und Lärmreduktion gab, sind weggefallen. Gut, das mag aus Ihrer Sicht vielleicht noch nicht so tragisch sein. Aber mindestens die Bewertung der Straßen nach Kfz-Leistungsfähigkeit macht es schwieriger, wenn ich Flächen umwidmen will, wenn ich sagen will: All diejenigen, denen ich es schmackhaft mache, steigen um auf den Umweltverbund, gehen zu Fuß, fahren Rad oder mit dem ÖPNV, damit die Straße tatsächlich für diejenigen frei ist, die darauf angewiesen sind, mit dem Lastkraftwagen, dem Lastenrad oder wie auch immer unterwegs zu sein. Dann bleibt einfach alles beim Alten. Wir haben uns noch mal in die Hände geschworen, dass wir eine autofreundlichen Stadt bleiben, und die Wirtschaft hat das Nachsehen. Ich glaube, das wäre nicht nötig gewesen. Insofern kann ich nur sagen: Ja, die Änderungsanträge der Linken sind absolut nachvollziehbar und richtig. Teilweise, das haben Sie selbst gesagt, gehen sie zurück auf Vereinbarungen, die Rot-Grün-Rot schon miteinander diskutiert und getroffen hatten. Aber die Streichungen machen an verschiedensten Punkten deutlich, dass wir hier keinen besonders großen Schritt in die Zukunft gemacht haben. Deshalb wäre meine Frage, und damit möchte ich meinen ausführlichen Vortrag beenden: Wann gedenken Sie, das Kapitel Neue Mobilität in neuer, strahlender Form einzubringen, damit Sie als Koalition sich doch noch auf die Fahnen schreiben können, die Stadt im Sinne der Wirtschaft umzubauen?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Der Nächste ist der Kollege Dietmann für die CDU-Fraktion.

Michael Dietmann (CDU): Vielen Dank! – Ich verstehe, dass wir diese Trennungsschmerzdiskussion hier noch ein Weilchen führen werden. – Ich will ausdrücklich sagen, dass ich mich der Einschätzung von Herrn Staatssekretär Biel anschließe, dass der Vorrang für den Wirtschaftsverkehr, und wir sind hier nun mal im Wirtschaftsausschuss, ausdrücklich zu begrüßen ist. Ich habe ehrlicherweise nicht den Aufschrei der Berliner Wirtschaft gehört, die gesagt hat, dass das alles so gar nicht geht, so, wie Sie das jetzt versucht haben, darzustellen, Frau Kapek. Ich freue mich natürlich, dass Sie hier bei uns im Ausschuss sind, aber ich glaube, dass man nicht die ganze Diskussion um Verkehrspolitik in diesem Ausschuss wiederholen muss. Ich teile auch überhaupt nicht, ich will das ausdrücklich sagen, dass das Instrumentarium komplett wegfällt. Wir haben klar beschrieben, was Wirtschaftsverkehr ausmacht. Nur weil Ihr Lieblingsthema Neue Mobilität in der Form nicht mehr auftaucht, wie Sie es über lange Zeit aufgeschrieben haben, aber nicht mehr umsetzen konnten, glaube ich nicht, dass deswegen damit gleich keine Instrumentarien mehr zur Verfügung stehen, ganz im Gegenteil. Dass die neue Senatorin für Verkehr den Teil Wirtschaftsverkehr zügig eingebracht hat, finde ich sehr begrüßenswert. Das war eine der ersten Maßnahmen, die stattgefunden hat. Wir bewegen uns hier hoffentlich in einem halbwegs professionellen Politikrahmen: Zu glauben, dass man einfach eine Vorlage des alten Senats mal so übernimmt und sagt, man hätte das doch machen können, ist eine schöne Idee – [Zuruf von Damiano Valgolio (LINKE)] –, habe ich aber innerhalb der letzten 25 Jahre, die ich diesem Parlament angehöre, noch nie erlebt, und zwar unabhängig davon, in welcher Form sich die Farbenlehre verändert hat. Insofern gucken wir uns das natürlich an. Ich will noch mal, vielleicht für diejenigen, die die Analysen über den Ausgang der letzten Wahl nicht richtig gelesen haben, sagen, dass insbesondere die Form von Verkehrspolitik, die tatsächlich ideologisch war, einen großen Ausschlag dafür ge-

geben hat, dass die Berlinerinnen und Berliner gesagt haben: So wollen wir das nicht mehr. – Sogar Ihre ehemalige Verkehrssenatorin hat, glaube ich, eingesehen, dass es an vielen Stellen eine falsche Politik war, die dazu beigetragen hat, dass wir erfreulicherweise jetzt den Regierenden Bürgermeister stellen. Insofern würde ich vielleicht an der Stelle mal ein bisschen darüber nachdenken, was die tatsächlichen Ideologen an der Stelle waren und was jetzt richtigerweise im Sinne einer pragmatischen Politik zu tun ist.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege Dietmann! – Der Nächste bin ich für die SPD-Fraktion.

Jörg Stroedter (SPD): Ich bin auch etwas überrascht über Ihren Beitrag, Frau Kapek, denn das Wahlergebnis zeigt, dass die Verkehrspolitik der Grünen keine Mehrheit in dieser Stadt hat, das muss man mal zur Kenntnis nehmen, in den Außenbezirken übrigens noch viel klarer als in der Innenstadt. Das Streichen des Kapitels Neue Mobilität finde ich völlig angemessen, denn das hat eigentlich mit dem Wirtschaftsverkehr gar nichts zu tun. Das ist ein ganz anderer Bereich und ein ganz anderes Thema. Es war in einer bestimmten Art und Weise damit gekoppelt, aber das ist aus meiner Sicht nie vernünftig gewesen. Ich finde auch die Verzögerung von einem halben Jahr zwar immer schade, aber manchmal geht es nicht anders. Wenn die Koppelung von vornherein nicht so gewesen wäre, dann hätte man das auch anders machen können.

Im Augenblick kann ich nicht erkennen, was Sie hier schreiben: Die autofreundliche Stadt bedeutet, der Wirtschaftsverkehr hat das Nachsehen. – Der Wirtschaftsverkehr findet in erster Linie mit dem Auto statt. Insofern ist dieser Gegensatz, den Sie hier konstruieren, nicht der Fall. Beim Wirtschaftsverkehr wird eher das Thema Fahrrad zum Thema. Ich kann Ihnen, um das noch deutlicher zu sagen, mal sagen, wie die Situation in den Außenbezirken ist. Die Fahrradwege werden in erster Linie befahren, wenn Leute dorthin kommen, um das in einer Demonstration vorzuführen. Ansonsten ist das leider nach wie vor, zumindest in meinem Bezirk, relativ wenig der Fall. Das ist einfach die Realität. Die muss man zur Kenntnis nehmen.

Wir wollen den Wirtschaftsverkehr fördern und unterstützen, wobei es auch da Grenzen gibt, das will ich auch mal sagen. Diesen ganzen Paketdienst und die Art und Weise, wie das teilweise abläuft, muss man sich auch mal im Einzelnen anschauen. Das hat mittlerweile Formen angenommen, die zulasten der Anwohnerinnen und Anwohner gehen, in der Form, die man nicht einfach so bedingungslos und kritiklos hinnehmen kann. Ich weiß, den Kollegen der Grünen fällt das schwer, aber denkt mal über euer Wahlergebnis nach. Es kann auch noch weiter nach unten gehen, wenn man die Debatte ernsthafter führt. Das muss man sich in der Runde mal anhören.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass Die Linke hier sehr sachliche Vorschläge gemacht hat. Wir werden uns das im Einzelnen anschauen. Herr Kollege Valgolio! Wir werden das heute nicht entscheiden, weil wir das erst mal rechtlich prüfen wollen, aber wir sagen Ihnen zu, dass wir zu Mittwoch eine Entscheidung treffen, um gegebenenfalls Punkte, die Sie vorgetragen haben, einzubringen, denn uns geht es um die Sache. Diese Punkte, die Sie vorgetragen haben, muss man sich im Einzelnen anschauen und gegebenenfalls einarbeiten. Das kann ich Ihnen für die Koalition zusagen.

Abschließend: Wir werden heute der Vorlage des Senats zustimmen und den Entwurf, der von Frau Kapek vorgestellt wurde, ablehnen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann gehe ich zurück in die Rolle des Ausschussvorsitzenden, und der Kollege Wapler für Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort.

Christoph Wapler (GRÜNE): Lassen Sie mich kurz etwas richtigstellen. Vielleicht gehen wir alle mal einen Schritt zurück und gucken uns das Verfahren noch mal von Weitem an. Wenn Sie sagen, Sie nehmen keine Vorlage vom alten Senat: Natürlich tun Sie genau das. Das ist kein neuer, eigener Gesetzentwurf, den Sie hier bringen, sondern Sie haben die Vorlage aus dem Hause Jarasch genommen. Sie nennen das entschlacken, sind da mit dem Rotstift durchgegangen und haben alles gestrichen, was Ihnen nicht passt, und so ist von dem Kapitel Wirtschaftsverkehr insgesamt wenig übriggeblieben. Das betrifft genauso den Punkt Neue Mobilität. Wir können jetzt alle schon sagen, dass der nicht kommt, jedenfalls nicht von Ihnen. Mich wundert das etwas, denn das war in der rot-rot-grünen Koalition ein geeinter Entwurf. Natürlich wissen wir alle, wo der Knackpunkt liegt. Der liegt bei Ihrem neuen Koalitionspartner. Da gibt es für die einen echten Zielkonflikt mit der Fixierung auf den Autoverkehr. Natürlich gibt es einen Zielkonflikt zwischen Verbesserungen für den Lieferverkehr, für die Einrichtung neuer Ladezonen. Da muss dann auch die Besserstellung gegenüber dem motorisierten Individualverkehr ausgeführt werden. Das will die CDU vermeiden ohne Rücksicht auf Verluste, und die SPD macht hier mit. So sieht es aus. Deshalb wurde die Streichorgie so durchgeprügelt, ohne Beteiligung von Bezirken und Verbänden, ohne jeden Austausch. Aber es ist doch so: Der Platz in der Stadt an Verkehrsflächen ist begrenzt, und Sie werden den motorisierten Individualverkehr zurückdrängen müssen. Sie werden Parkplätze dafür hergeben müssen, dass es mehr Liefer- und Ladezonen gibt. Der Liefer- und Ladeverkehr in der Stadt braucht mehr Platz. Das wird mit Ihrem Koalitionspartner nicht zu machen sein.

Frau Kapek hat ganz recht: Der Instrumentenkasten fehlt. Da wird auch nichts kommen. Das können wir uns die nächsten Jahre in Ruhe ansehen; wir sicherlich mit der Faust in der Tasche, denn was wäre alles möglich gewesen? – Hier wird in den nächsten drei Jahre nichts möglich sein.

Was den Wirtschaftsverkehr angeht, ist Berlin im internationalen Vergleich abgehängt, im deutschlandweiten Vergleich sowieso. Aber das, was Sie von dem Kapitel übrig gelassen haben, ist der Überschrift Wirtschaftsverkehr gar nicht wert. Wir werden Sie aber jederzeit und immer wieder darauf hinweisen, wann denn nun eine Umsetzung kommt, aber da wird die nächsten Jahre nichts passieren.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Gibt es weitere Wortmeldungen von den Abgeordneten? – Kollege Valgolio, bitte!

Damiano Valgolio (LINKE): Ganz kurz ein kleiner Erlebnisbericht: Ich war mit dem Kollegen Ronneburg vor vier, fünf Wochen bei dem Vororttermin der IHK Marzahn-Hellersdorf. Die haben dort zum ersten Mal so einen Pop-up-Beratungscontainer, das klingt ein bisschen despektierlich, eine Beratungsstelle aufgebaut. Wir haben uns von denen erzählen lassen, was die Hauptprobleme der kleineren Unternehmen vor Ort in Marzahn-Hellersdorf sind. Gleich mit an erster Stelle kam von den Kollegen von der IHK, dass die kleineren Unternehmen in Marzahn-Hellersdorf, zum Beispiel jemand, der eine kleine Reinigungsfirma oder einen klei-

nen Handwerksbetrieb hat, teilweise nicht mehr in der Lage sind, Aufträge anzunehmen, die ein bisschen weiter entfernt sind, in der Innenstadt oder in anderen Bereichen der Stadt, weil sie dort mit ihren Autos nicht hinkommen oder dort vor Ort nicht parken können. Das ist das Problem von kleinen Handwerkern. Da war wohl eine Frau zur Beratung bei der IHK in Marzahn-Hellersdorf, die hat ein kleines Reinigungsunternehmen, und die muss mit dem Auto zu den Einsätzen fahren, weil sie irgendwelche Reinigungsgeräte mitnehmen muss, und die sagt: Ich kann viele Aufträge nicht mehr annehmen, weil ich da mit meinem Auto gar nicht hinkomme, weil der Verkehr zu dicht ist und weil ich da nicht parken kann. – Jetzt ist meine Frage: Was meinen Sie, warum diese Kollegin aus Marzahn-Hellersdorf dort mit ihrem Reinigungsfahrzeug nicht hinkommt? Weil die ganzen Lastenfahräder und Fahrräder die Straßen bis dorthin und die Parkmöglichkeiten in Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg versperren, oder weil da so viele private Pkws rumstehen? – Wahrscheinlich ganz überwiegend private Pkws. Deswegen ist es zutreffend, dass man diesen kleinen Handwerkern und kleinen Unternehmern wahrscheinlich nicht wirklich helfen kann, wenn man nicht auch den Mut hat, den privaten motorisierten Individualverkehr ein bisschen einzuschränken. Ich habe den Eindruck, dass die SPD es schon machen würde. Bei der CDU habe ich den Eindruck, dass Ihnen die kleinen Handwerker nicht so wichtig sind, weil Sie eher auf die großen Unternehmen setzen, von denen Sie zum größeren Teil ganz gute Spenden kriegen. – Das wollte ich nur richtigstellen, weil es, glaube ich, schon so ist, dass ein bisschen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wurde, auch wenn ich durchaus den Ärger der SPD an der einen oder anderen Stelle über die eine oder andere Diskussion der Vergangenheit durchaus verstehen kann, aber das Kind mit dem Bade auszuschütten, ist immer die schlechteste der Lösungen.

Was ich eigentlich sagen wollte, Kollege Stroedter, weil Sie die Probleme angesprochen haben, die es gibt, vor allem mit dem Paketdienst und dem Lieferverkehr: Da will ich noch mal auf unseren Änderungsantrag Ziffer 4 hinweisen. Da schlagen wir nämlich vor, dass verstärkt anbieterneutrale City-Hubs eingerichtet werden. Das wären Umlademöglichkeiten an den Rändern der Wohnblocks, zu denen dann die großen Lieferdienste mit ihren etwas größeren Lkws und Lieferfahrzeugen fahren würden. Dort könnten sie abladen. Dort könnte es umgeladen oder von den Endkunden abgeholt werden. Das ist ein Ansatz, der sich in vielen Städten schon bewährt hat, und das könnte dazu führen, dass die DHL-, Amazon-Lkws und Transporter, wie sie alle heißen, die in den Wohngebieten immer unsere Straßen versperren, da vielleicht nicht mehr reinfahren müssen. Das könnte ein Vorschlag sein, der das Problem, das Sie beschrieben haben, lösen könnte. Insofern noch mal unsere Bitte, wie Sie es angekündigt haben, sich das in den nächsten zwei Tagen noch mal genauer anzugucken und zumindest den Gesetzentwurf, wie er jetzt vorliegt, noch zu verbessern.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann die Kollegin Kapek, bitte!

Antje Kapek (GRÜNE): Jetzt haben Sie mich doch noch mal provoziert, etwas zu sagen, ganz emotionslos, sondern sehr sachlich. Ich finde es immer ganz drollig, wenn Menschen von Ideologie sprechen und dann Ideologie zum Besten geben. Am Ende ist es eine Frage von Daten, Zahlen und Fakten. Sachlicher ist das kann es nicht sein. Herr Stroedter! Weil Sie die Frage gestellt haben, wie eine autofreundliche Stadt ein Problem für den Wirtschaftsverkehr sein kann, erkläre ich es Ihnen gern. Ich hatte heute Morgen auch Innenausschuss. Wenn man über das Durchkommen von Rettungsdiensten spricht, sieht man genau das. Wenn ich auf einem Straßenabschnitt x eine Anzahl Autos x habe, da kommt irgendwann niemand mehr durch. Das heißt, je mehr Menschen, die eigentlich in der parallel laufenden U-Bahn sitzen

könnten, dies dann auch tun, desto besser kommt die Hebamme, der Pflegedienst, die BSR, die Polizei oder auch der Rettungsdienst durch, nämlich die, die die Stadt versorgen. Das ist ein Unterschied. Deshalb definieren wir Wirtschaftsverkehr als nicht privaten Verkehr. Das nennt man auch den motorisierten Individualverkehr. Individual, weil auf das Individuum bezogen, Wirtschaftsverkehr, weil auf die Stadt bezogen. Ich sage es noch mal: Ich möchte, dass die Polizei, der Rettungsdienst, die Hebamme oder auch der Maler durchkommen, damit sie nicht nur diese Stadt ver- und entsorgen können, sondern auch unser gemeinsames Leben am Laufen halten. Ich mache da auch keinen Unterschied, ganz ehrlich, ob die Siemens-Turbine mit dem Großschwerlasttransporter transportiert werden muss oder ob ein bestimmter Dienst oder ein Unternehmen sagt, ich mache das mit dem Lastenrad. Bei mir sind erst mal alle Unternehmen willkommen. Ich dachte in der Vergangenheit immer, das sei bei Ihnen auch so. Es gibt da für mich nicht erste oder zweite Klasse, sondern am Ende gibt es den öffentlich definierten Verkehr, und den wollen wir im Mobilitätsgesetz regeln. Das bezieht sich auf den Umweltverbund und im Zweiten auf den Wirtschaftsverkehr.

Vorhin hat der Kollege von der Linken den Vorschlag gemacht, man könnte Lieferzonen räumlich abgrenzen, indem man Poller, Barren oder Ähnliches aufstellt. Da hat der Staatssekretär das Haushaltszeichen gemacht. Das kann ich nachvollziehen. Ich sage Ihnen aber, es gibt durchaus Bezirke, wie beispielsweise den Bezirk Mitte, die durch Straßenmarkierungen versuchen, Lieferzonen kenntlich zu machen, und die Resonanz von hier anwesenden Politikerinnen und Politikern war zum Teil verhalten; ich meine jetzt nicht die Exekutive. Das wäre aber etwas, was man, mit einem Kapitel Neue Mobilität zum Beispiel, vereinfacht definieren kann, wie so etwas aussieht und ausgewiesen wird, damit es tatsächlich möglich wird, Aufträge direkt vor der Tür auszuführen. Mindestens, wenn ich beispielsweise ein Abbruch- oder ein Entrümpelungsunternehmen habe, möchte ich den Leuten nicht zumuten, dass sie erst mal drei Kilometer laufen müssen, sondern dann brauchen sie einen Parkplatz direkt vor der Tür.

Ich bringe mal im Positivbeispiel, um zu zeigen, worauf ich hinaus will: In meinem schönen Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wurde in meinem Wohngebiet ein Parkraumbewirtschaftungssystem eingeführt in Kopplung mit speziellen Lieferzonen. Das hat zur Folge, dass ich jetzt in räumlichen Abschnitten von, keine Ahnung, 300 Metern dezidiert abgetrennte mit Pollern abgetrennte, aber auch mit Verkehrsschildern kenntlich gemachte Zonen habe, in denen ich vor Geschäften anliefern kann, an denen ich vielleicht kurz, wenn ich ein Restaurant, einen Späti beliefern will oder als Handwerker tätig bin, leichter an die Gebäude herankomme.

Das hat den Parkdruck insgesamt gesenkt, und am Ende profitieren tatsächlich all diejenigen, die Güter und Dienstleistungen zu den Menschen unserer Stadt bringen müssen. Insofern kann ich noch mal sagen: Wenn wir uns doch so einig sind, dass wir die Wirtschaft fördern wollen, dann müssen wir real durch Instrumente und gesetzliche Regelungen auch dafür sorgen, dass ihnen der Platz zur Verfügung gestellt wird, und das, lieber Herr Stroedter, bedeutet, dass ich in ganz Berlin auch die Orte ausweisen muss, wo sie parken können, beziehungsweise dafür sorgen muss, dass das Pkw-Aufkommen auf der Straße insgesamt reduziert wird. Ich finde es bedauerlich, dass Sie das anders sehen, aber ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass die Einsicht und wahrscheinlich auch die Gespräche, die Sie hoffentlich weiterhin mit der Wirtschaft führen, Sie doch noch dazu bewegen, irgendwann ein entsprechendes Kapitel auf den Weg zu bringen. Ihre Ablehnung verwundert mich nicht. Ich kann die natürlich nur bedauern, aber so obliegt es – und das habe ich mehr als akzeptiert – der neuen Farbenkonstellation der Koalition, hier einen ausgedünnten Entwurf zu beschließen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Kapek! – Ich habe mich jetzt auch noch mal auf die Redeliste gesetzt.

Jörg Stroedter (SPD): Wir sind ja hier im Wirtschaftsausschuss, und ich habe schon geahnt, dass wir hier die Verkehrspolitik beraten. Ich hätte Ihnen gern die Möglichkeit gegeben, mal an irgendeinem Infostand teilzunehmen, den ich in Reinickendorf hatte. Da ging es nur negativ um die Verkehrspolitik von Bettina Jarasch – ich sage Ihnen das mal so deutlich, damit Sie es wissen –, und das hat die entscheidende Rolle für dieses Wahlergebnis gespielt. Das hat den Erfolg der CDU ausgemacht. Das hat auch eine Rolle für die SPD gespielt, weil sie das zu lange mitgetragen hat. – [Zuruf von Tuba Bozkurt (GRÜNE)] – Es fällt schwer, ausreden zu lassen, denn das Thema trifft Sie wohl, das ist mir klar! – Aber das ist die Realität. Das können Sie auch in allen Zahlen und Umfragen zur Verkehrspolitik von Bettina Jarasch sehen. Da kann man viele Beispiele anführen.

Der zweite Punkt ist: Sie haben ja als Argument genannt, die Leute sollen auf den ÖPNV umsteigen. Ja, dann müssen wir ihn attraktiver machen. Wer hat denn die ganzen Jahre auf der Bremse gestanden beim Thema U-Bahn? – Sie! Sie haben jede U-Bahn-Planung systematisch verhindert mit dem Argument, U-Bahn sei Verkehrspolitik der Steinzeit. Und CO₂ austauschen – – Das sind alles Realitäten. Bei Ihnen gab es nur zwei Themen, Fahrradfahren und Trams, und nichts anderes, und das hat keine Mehrheit gefunden. Wie sieht denn die Situation in Kreuzberg und Friedrichshain aus? – Da werden die Parkplätze massiv vernichtet. Wie kommt der Wirtschaftsverkehr dahin? Oder gucken Sie sich mal an, wie die Situation in der Kantstraße ist! Da ist ja alles getan worden, damit Rettungsfahrzeuge eben nicht mehr die Möglichkeit haben. Und wo ist die Position von Ihnen und Ihrem innenpolitischen Sprecher zum Thema Klimakleber? – [Unruhe – Zurufe von den Grünen] – Die hindern doch jetzt viele zu fahren. – Wer getroffen ist, der reagiert. Das ist mir schon klar. – Das gehört alles dazu, warum die Leute in der Stadt unzufrieden sind, und das müssen Sie einfach mal zur Kenntnis nehmen. – Ich finde es jedenfalls gut, dass der Senat das entsprechend geändert hat, und wir werden uns in Ruhe darüber unterhalten.

Der letzte Punkt: Parken für Mitarbeiter, Krankenschwestern, Polizisten, Feuerwehrlaute und wie sie alle heißen. Was haben Sie da für Schwierigkeiten gehabt? Wie lange hat Frau Jarasch da auf der Bremse gestanden, um das Parken für die Mitarbeiter in der Stadt zu verhindern? Und weil der Kollege Valgolio es angesprochen hat: Jemand, der aus Marzahn-Hellersdorf

kommt als Krankenschwester und im Frühdienst dort anfährt, der hat oft gar keine andere Möglichkeit, als mit dem Pkw zu kommen, und der muss natürlich bevorzugt einen Parkplatz bekommen, und der muss auch dort eine Chance haben. Das ist Ihnen egal, aber uns ist das nicht egal, und diese Koalition wird deshalb eine andere Verkehrspolitik machen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Sie wollen gerne antworten? – Bitte, Frau Kapek!

Antje Kapek (GRÜNE): Sehr gerne, unter anderem, weil mir mitgeteilt wurde, dass es der Wirtschaftsausschuss ist. Und, ganz ehrlich, mit Verlaub, Herr Ausschussvorsitzender, das war gerade fernab von einem angemessenen Wortbeitrag. Ich akzeptiere Ihre Meinung, ich kann sogar Wahlkampf Erfahrungen –

Vorsitzender Jörg Stroedter: Frau Kapek! Ich habe hier als Sprecher der SPD-Fraktion gesprochen und nicht als Ausschussvorsitzender. Auf diese Kleinigkeit lege ich Wert.

Antje Kapek (GRÜNE): Sie haben gerade angemahnt, dass Ausredenlassen tatsächlich eine hohe Tugend ist. Ich habe nicht dazwischen gesprochen. – Ich will Ihnen nur noch mal eins sagen: Ich glaube, dass wir uns im Ziel total einig sind, nämlich dass wir den Wirtschaftsverkehr nicht nur stärken wollen auf der Zielebene, sondern auch wollen, dass diese Stadt so umgebaut wird, dass wir unsere Wirtschaft unterstützen, und das beinhaltet übrigens auch, dass die Krankenschwester im Schichtdienst, die sich zwar in den meisten Fällen das Auto nicht leisten kann, aber wenn sie es sich leisten kann, dann einen Stellplatz hat. Diese Unterstellungen, Herr Stroedter, verbitte ich mir. – [Zuruf von Michael Dietmann (CDU)] – Und Sie haben gerade auch Unwahrheiten zum Ausdruck gebracht. Nicht nur die ehemalige Senatorin Frau Jarasch hat fünf U-Bahn-Linien in die Prüfungen in die NKU gebracht, sondern wir haben natürlich auch die U-Bahn-Planung verfolgt, und dafür gibt es zum Glück Zahlen, Daten, Fakten. – Vielleicht können wir den Stammtischkollegen hier zu meiner Linken auch einfach mal stecken lassen.

Wenn Sie die Fakten für sich sprechen lassen wollen, dann schauen Sie mal die Haushaltsentwürfe! Kleiner Hinweis: Allein im Einzelplan 07 – das ist jetzt wirklich Verkehr, aber bestimmt können Sie mir das Gegenbeispiel aus dem Wirtschaftshaushalt zeigen – sind an jeder einzelnen Stelle, wo es um Wirtschaftsverkehr und Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftsverkehrs natürlich, die Titel reduziert worden, alleine zum Teil im Ist: 26 Millionen Euro, neuer Ansatz: 1 Million Euro. Also, Herr Stroedter, wenn wir bei der sachlichen Debatte bleiben wollen, dann freue ich mich auf die Haushaltsberatungen und darauf, dass Sie tatsächlich einfach mal nicht nur reden, sondern auch machen und zeigen, dass wir hier was für ein Wirtschaftsverkehr tun. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ich erspare mir jetzt, als Sprecher der SPD-Fraktion darauf noch mal zu antworten. Als Ausschussvorsitzender ist es eigentlich mein Recht, Ihnen mitzuteilen, dass ich als Sprecher gesprochen habe, nicht als Ausschussvorsitzender. Das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen. Insofern kann ich dann auch das Mikrofon nehmen, deshalb steht nämlich „Prior“ da drauf. Wahrscheinlich haben Sie auch schon mal eine Sitzung geleitet und wissen, wie das funktioniert. – So, dann habe ich den Kollegen Dittmann für die CDU-Fraktion auf der Liste.

Michael Dietmann (CDU): Ich dachte, dass die Märchentage eigentlich erst ein bisschen später sind, aber ich habe eine ausdrückliche Bitte an Sie, Frau Kapek: Kommen Sie häufiger in diesen Ausschuss! Ich glaube, das tut dieser Koalition gut, denn es wird sie näher zueinander bringen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. – [Zuruf von Antje Kapek (GRÜNE)] – [Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD] – Sie haben eben beklagt, dass man nicht reinrufen soll. Sie machen das übrigens als einzige Fraktion permanent in fast jeder Sitzung und manchmal auch mit unterschiedlichen Positionen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wir müssen eine bestimmte Reihenfolge einhalten. Wir werden erst über den Antrag unter 3 b, anschließend über die Änderungsanträge der Linken und dann über die Vorlage unter 3 a abstimmen. Ich glaube, das ist das zielgerechte Verfahren. Ich komme zum Antrag 3 b der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linken. Das ist die 0108, Drucksache 19/0983. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, CDU und AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann gibt es jetzt Änderungsanträge der Fraktion Die Linke. Ich frage jetzt noch mal, Kollege Valgolio: Müssen Sie die heute hier einbringen? Wir würden die jetzt ablehnen. Die Alternative wäre, Sie bringen sie gleich nur im Mobilitätsausschuss ein, und wir würden Ihnen zusagen, dass wir das prüfen und dann eine Entscheidung treffen. – Sie haben das Wort.

Damiano Valgolio (LINKE): Ja, wenn Sie mir versprechen, dass Sie die wohlwollend prüfen bis Mittwoch, dann würden wir sie heute zurückziehen. – [Michael Dietmann (CDU): Wir versprechen, dass wir sie prüfen. „Wohlwollend“ haben wir nicht gesagt!] – Wohlwollen hätte ich bei Ihnen auch nicht unterstellt!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gut! Also wir wollen das auch rechtlich prüfen, auch Frau Kettelers Ausschussbüro hat es geprüft. Da gibt möglicherweise Sachen, die schon drin sind. Wir gucken uns das wirklich an, und ich sage Ihnen auch eine faire Prüfung zu. Sie ziehen zurück für heute. Das ist prima. Dann brauchen wir das nicht abzulehnen, sondern können am Mittwoch eine Entscheidung treffen. Vielen Dank für Ihre Kooperation!

Dann stimmen wir ab über 3 a, die eigentliche Vorlage – zur Beschlussfassung –. Wer diese unterstützt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind CDU, SPD und Linke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Damit hat diese Vorlage eine Mehrheit gefunden. Gut! Dann haben wir, glaube ich, den Punkt jetzt durch. Frau Ketteler hat alles aufgenommen. Dann können wir die Stellungnahmen dem federführenden Ausschuss für Mobilität und Verkehr zuleiten, und Sie als Linke würden das dort einbringen. Wir haben das jetzt zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0778
**Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm,
Umsetzungszeitraum 2022 bis 2026**

[0099](#)
WiEnBe
Haupt
StadtWohn
UK(f)
Mobil

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.